



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Polens Erinnerungspolitik -
Der Umgang mit dem Staatssozialismus seit 1989
- anhand der Staatspräsidenten-Gedenkreden
zum Unabhängigkeitstag“

verfasst von / submitted by

Blanka Heckermann, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2017/ Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 033 624

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

„Das Gedächtnis trennt, die Geschichte eint.“
(Nora 2001: 686, zitiert nach François 2009: 282)

1. Einleitung	5
1.1. Problemstellung mit forschungsleitender Fragestellung	5
1.2. Methodische Vorgehensweise	8
2. Theoretische Ansätze	11
2.1. Grundlagen	11
2.1.1. Zum Begriff der Erinnerungspolitik	11
2.1.2. Zum Begriff der Geschichtspolitik	13
2.1.3. Zum Begriff der Erinnerungskultur	14
2.2. Polnische Erinnerungspolitik und der Staatssozialismus	16
2.2.1. Polens Identität und Nationalbewusstsein	16
2.2.2. Geschichtspolitik vor 1989	18
2.2.3. Geschichtspolitik nach 1989	20
2.2.4. Polens Erinnerungspolitik und ihre Akteure nach 1989	23
2.2.5. Polens Erinnerungspolitik und die Gesellschaft nach 1989	27
2.3. Wissenschaftliche Einbettung	29
3. Geschichtlicher Überblick	31
3.1. Die Entstehung der Dritten Republik und die Amtszeit von Lech Wałęsa	34
3.2. Die Amtszeit von Aleksander Kwaśniewski	42
3.3. Die Amtszeit von Lech Kaczyński	47
3.4. Die Amtszeit von Bronisław Komorowski	51
4. Analyse	56
4.1. Die Gedenkreden von Lech Wałęsa	56
4.2. Die Gedenkreden von Aleksander Kwaśniewski	58
4.3. Die Gedenkreden von Lech Kaczyński	60
4.4. Die Gedenkreden von Bronisław Komorowski	62

5. Conclusio	65
5.1. Beantwortung der Forschungsfragen	65
5.2. Überprüfung der Thesen	68
5.3. Ausblick - Polens Vierte Republik?	70
6. Literaturverzeichnis	72
Danksagung	80
Eidesstaatliche Erklärung	81
Abstract	82
Lebenslauf	83

1. Einleitung¹

1.1. Problemstellung mit forschungsleitender Fragestellung

Die Geschichte eines Landes stellt zu einem bemerkenswerten Teil den Nährboden für eine kollektive Identität sowie das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation dar. Die daraus entstehenden Geschichtsbilder beeinflussen die gesamte Erinnerungskultur und sind zugleich Deutungsinstrumente der Vergangenheit. In manchen Fällen überschreiten sie diese Funktion und beherrschen durch ihre interpretative Färbung das gegenwärtige Leben.

Polens Erinnerungskultur wird in solch einem Ausmaß durch die Erfahrung mit dem kommunistischen Regime des 20. Jahrhunderts geprägt. Dieses Geschichtsgedächtnis wirkt nachhaltig in die politische und gesellschaftliche Gegenwart des Landes ein. Kontroverse Debatten über die Bewertung des staatssozialistischen Erbes bestimmen immer wieder den öffentlichen Diskurs. Das gesellschaftliche Geschichtsinteresse schwindet kontinuierlich, auf politischer Repräsentanten-Ebene ist dieses jedoch immer wieder ausgeprägt zu beobachten. So ziehen manche Akteure die Vergangenheit heran um sich und die gegenwärtige Ordnung zu rechtfertigen sowie die Gegenwart zu beurteilen. Auf dieses Phänomen möchte ich in dieser Arbeit den Fokus legen und werde im Verlauf der Einleitung näher darauf eingehen wie ich versuche, den Zusammenhang zwischen Polens Erinnerungspolitik und der Erfahrung mit dem Staatssozialismus zu verdeutlichen.

Das Bedürfnis sich mit der polnischen Geschichte auseinanderzusetzen und die Glorifizierung sowie (Teil)Identifizierung mit dieser, sind in meinem halbpolnischen Elternhaus in hohem Maß ausgeprägt. Die Geschichtsdarstellung der polnischen Medien nach 1989, die meine Familie konsumiert, weist einen Bezug zur Vergangenheit auf, der sich nahezu auffällig auf die deutsche und sowjetische Herrschaftszeit reduziert. Daraus schloss ich schon zu meiner Schulzeit, dass solch ein Geschichtsinteresse nicht nur außergewöhnlich zu deuten ist, sodass sich der Großteil der polnischen Bevölkerung mit einer Vergangenheit zu identifizieren scheint, die in der Einflussphäre einer gewissen Geschichtspolitik steht. Ob diese Einschätzung den Tatsachen entspricht, soll diese Arbeit nicht oder höchstens peripher beantworten. Größeres Interesse weckt in mir die Frage nach der Art und Weise wie nationale

¹Um einen stilistischen Bruch zu vermeiden, schließe ich mich der männlichen Form bei Personenbezeichnungen der zitierten Literatur an. An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass meine Verwendung der maskulinen Form für beide Geschlechter gilt.

Geschichte seitens politischer Akteure interpretiert und instrumentalisiert wird und wie sich diese Darstellung auf die Erinnerungskultur und somit -politik Polens auswirkt. Da dies ein weites Feld mit unzählbar vielen Verstrickungen und Wechselwirkungen von Erinnerung und Politik darstellt, versuche ich einen Aspekt des Zusammenhangs zwischen Erinnerungspolitik und Staatssozialismus zu beleuchten.

Deutungen der Geschichte manifestieren sich unter anderem auf symbolischer Ebene. Nach der Wende grenzte sich Polen vom Staatssozialismus durch symbolhafte Handlungen wie beispielsweise Umbenennungen von Straßennamen und Denkmälern sowie durch die (Wieder)Einführung von Ritualen und Nationalfeiertagen ab. Die Festlegung des Unabhängigkeitstags am 11. November, an welchem der polnische Nationalstaat 1918 sinnbildlich wiedergeboren wurde, gilt als Zeichen der Souveränität und Demokratie. Durch das jahrzehntelange Fehlen der Autonomie hat das Hervorheben der Selbstständigkeit einen besonderen Stellenwert.

Der Kern meiner Arbeit ist der Versuch die Verbindung zwischen der legitimatorischen Funktion von Erinnerungspolitik und der symbolisch inhaltlichen Bedeutung der Unabhängigkeitstags-Reden im Bezug auf den Umgang mit dem Staatssozialismus aufzuzeigen. Faulenbach sieht in der Erinnerungskultur und in „öffentlichen Ritualen“, wie ihn zum Beispiel der Tag der Unabhängigkeit Polens darstellt, eine Gegenüberstellung der „in spezifischer Weise verarbeitete(n) Erfahrungen der Vergangenheit“ (Faulenbach 2006: 11). Aus den öffentlich gehaltenen Reden des Staatspräsidenten kann man folgenden Schluss ziehen:

„Durch das Halten der Rede (und damit durch aktives sprachliches Handeln) ändert sich die theoretische Verantwortung zu einer praktischen, unmittelbaren, die der Redner durch seine Rede für den Umgang mit der Geschichte selbst trägt.“ (König 2011: 144f.)

Mit der Untersuchung der sprachlichen Symbolik versuche ich darzustellen, wie sich Polen mit der kommunistischen Vergangenheit auseinandersetzt(e). Hierbei gehe ich davon aus, dass in den ausgewählten Reden der Fokus auf gewisse Ereignisse und Personen gewählt wird, der wiederum einen Rückschluss auf den Umgang Polens mit dem Staatssozialismus und auf bestimmte Interessen von politischen Akteuren erlaubt. Unter solch einer Instrumentalisierung der polnischen Geschichte verstehe ich eine bestimmte Art der Vergangenheitsdeutung durch bestimmte Akteure um bestimmte Ziele in der Gegenwart durchzusetzen, indem sie bestimmte Identitäten stiften und sich dadurch als legitime

Repräsentanten derselben darzustellen. Zusammengefasst nenne ich den Gegenstand meiner Analyse „Polens Erinnerungspolitik und der Umgang mit dem Staatssozialismus seit 1989² anhand der Staatspräsidenten-Gedenkreden zum Unabhängigkeitstag“.

Diesen Forschungsgegenstand versuche ich anhand der folgenden vier Kategorien und den jeweiligen Unterfragen, die den Inhalt der Reden betreffen, zu präzisieren:

- 1.) Wahrnehmung des Selbst: Wenn das polnische Volk dargestellt wird, wie geschieht dies?
- 2.) Wahrnehmung des Anderen: Wenn die Sowjetunion sowie der Staatssozialismus und seine Auswirkungen dargestellt werden, wie geschieht dies?
- 3.) Wahrnehmung der polnisch-russischen Beziehung: Wenn Russland und seine Politik sowie das Verhältnis zwischen Russland und Polen dargestellt werden, wie geschieht dies?
- 4.) Besonders oder nicht thematisierte Sachverhalte: Werden in der Darstellung bestimmte Ereignisse hervorgehoben, unterrepräsentiert oder ganz ausgelassen?

Mit Hilfe der Erkenntnisse durch die genannten Kategorien versuche ich folgende Forschungsfragen zu beantworten:

- Welchen Umgang mit dem Staatssozialismus, der UdSSR und Russland kann man in Polen seit 1989 erkennen?
- Wie unterscheidet sich das jeweilige Verständnis der Staatspräsidenten zur Erinnerungspolitik Polens seit 1989?
- Welche Ziele und politischen Funktionen werden in der Erinnerungspolitik des jeweiligen Staatspräsidenten sichtbar und welche Konsequenzen bringt diese mit sich?

Eigene Annahmen versuche ich mit Hilfe der Redenanalyse und der theoretischen und historischen Einbettung dieser zu bestätigen:

- I. Auf Grund der Darstellung der Erfahrung mit dem Staatssozialismus und seinen Auswirkungen sowie der Sowjetunion und ihrer Politik lassen sich Schlüsse auf eine Vergangenheitsaufarbeitung Polens ziehen.

²Die Gedenkreden sind erst ab 1993 öffentlich zugänglich, den Grund dafür konnten auch die Mitarbeiter der offiziellen Website des polnischen Präsidentenamtes (www.prezydent.pl) nicht nennen. Für ein vollständiges Verständnis von Polens Erinnerungspolitik und dem Umgang mit dem Staatssozialismus beziehe ich, mithilfe von Sekundärliteratur, die polnische Geschichte ab der Wende 1989 mit ein.

- II. Die polnische Erinnerungspolitik der Staatspräsidenten schafft eine positive Darstellung des polnischen Staates sowie der polnischen Nation. Gleichzeitig wird eine negative Darstellung des Staatssozialismus und seinen Auswirkungen sowie der Sowjetunion und ihrer Politik geschaffen. Aus dieser gegensätzlichen Darstellung lassen sich Schlüsse auf eine bestimmte Art der Vergangenheitsaufarbeitung Polens ziehen.
- III. Die Darstellung der polnischen Erfahrung mit dem Staatssozialismus und seinen Auswirkungen sowie der Sowjetunion und ihrer Politik unterscheidet sich je nach Regierungsperiode. Aus den jeweiligen Reden der Staatspräsidenten kann man auf die jeweilige Geschichtspolitik und die Instrumentalisierung für eigene Zwecke schließen.
- IV. Die Darstellung Russlands und seiner Politik sowie des Verhältnisses zwischen Russland und Polen ist bei jedem Staatspräsidenten problemorientiert. Daraus lässt sich schließen, dass diese Darstellung eine bestimmte Geschichtspolitik des jeweiligen Staatspräsidenten stützen soll.

1.2. Methodische Vorgehensweise

Zur Untersuchung des genannten Forschungsgegenstandes, nämlich Polens Umgang mit dem Staatssozialismus, bediene ich mich methodisch der inhaltlichen und diagnostischen Dokumentenanalyse. Die Inhaltsanalyse nach Atteslander ist

„eine Methode der Datenerhebung zur Aufdeckung sozialer Sachverhalte, bei der durch die Analyse eines vorgegebenen Inhalts (z.B. Text, Bild) Aussagen über den Zusammenhang seiner Entstehung, über die Absicht seines Senders, über die Wirkung auf den Empfänger und/oder auf die soziale Situation gemacht werden.“ (Atteslander 1995: 238)

Die diagnostische Dokumentenanalyse fokussiert sich dabei auf den Zusammenhang zwischen Sender und vorgegebenem Inhalt. Erfahren werden soll, was der Sender versucht mitzuteilen, zu bewirken und mit welchen Wertvorstellungen dies geschieht.

Die Primärquellen, die ich qualitativ auf ihren Textinhalt untersuche, sind jene Gedenkreden, die zum Unabhängigkeitstag Polens am 11. November gehalten wurden. Diese haben gemein, dass sie in einer bestimmten Zeitspanne (1993-2014) gehalten wurden, von den Präsidenten der Dritten Republik Polens stammen und einen konkreten Bezug zur Erinnerungspolitik im Hinblick auf den Staatssozialismus sowie die UdSSR und Russland aufweisen. Diese

Dokumente erhielt ich von der offiziellen Internetseite des polnischen Präsidentenamtes³ und auf Anfrage an Mitarbeiter, die diese Website betreuen.

Um den Inhalt der ausgewählten Reden zum polnischen Unabhängigkeitstag analysieren zu können, ist es von Belang die Intentionen des Staatspräsidenten und den jeweiligen Kontext, in dem die Reden entstanden sind, zu kennen. Hierfür werden ausgewählte Sekundärliteratur sowie fachwissenschaftliche Internetquellen, die die theoretischen und geschichtlichen Zusammenhänge der relevanten Zeitspanne umfassen, herangezogen. Bei der Literatúrauswahl versuche ich mich auf wesentliche Aspekte, die ich als zentral für die Beantwortung meiner Forschungsfragen betrachte, zu beschränken, um den Umfang der Arbeit überschaubar zu halten.

Bei diesem zweiten und theoretischen Teil meiner Arbeit gehe ich auf die Zusammenhänge zwischen der Erinnerungs- bzw. Geschichtspolitik und der Identität Polens, im Hinblick auf die Erfahrungen mit dem Staatssozialismus, ein.

Ein grober Überblick über die geschichtlichen Anfänge und das Ende des Staatssozialismus in Polen leitet das dritte Kapitel ein. Danach beginnt eine umfassendere Darstellung der jeweils gegenwärtigen geschichtlichen Begebenheiten der einzelnen Regierungsperioden.

Daraufhin folgt das vierte Kapitel, die Gliederung der Empirie. Diese unterteilt sich in die jeweiligen Epochen der polnischen Staatspräsidenten, die in den Jahren 1990 bis 2014 regiert haben. Verglichen werden Lech Wałęsa, der für die Gedenkreden zum polnischen Unabhängigkeitstag in den Jahren 1993 bis 1995 zuständig war, Aleksander Kwasniewski, der von 1996 bis 2005 die Gedenkreden in Warschau vortrug, Lech Kaczyński, welcher von 2006 bis 2009 für den Inhalt der Unabhängigkeitsreden verantwortlich war und Bronisław Komorowski, der 2010 bis 2014 die Gedenkreden hielt.

Anhand dieser Unterteilung bediene ich mich eines Kategorienschemas: 1. die Darstellung des Selbst (Polen) sowie 2. des Anderen (Sowjetunion/Staatssozialismus), 3. der polnisch-russischen Beziehung und 4. besonders, unter- oder nicht thematisierte Sachverhalte. Mit Hilfe dieser Kategorien bearbeite ich jede Epoche der jeweiligen Staatspräsidenten und vergleiche sie miteinander. Abschließend biete ich die Ergebnisse in den dazugehörigen

³<http://www.prezydent.pl/archiwum>

historischen Kontext ein, um die Hauptforschungsfragen und die Hypothesen beantworten zu können. Damit wird der Versuch unternommen die Analyseerkenntnisse mit Hilfe der aufgezeigten Hintergrund-Debatte zu stützen.

Die daraus resultierenden Schlussfolgerungen stellen das fünfte Kapitel dar, in welchem ich versuche auf eine differenzierte Betrachtungsweise der Erkenntnisse zu achten.

Im sechsten und letzten Kapitel versuche ich einen Ausblick auf Polens zukünftige Entwicklungen zum Bereich der Geschichtspolitik wiederzugeben. Dazu beziehe ich die aktuellen politischen Geschehnisse während der Regierungszeit des gegenwärtigen Staatspräsidenten Andrzej Duda mit ein, die nur richtungweisend zu interpretieren sind, weil seine Amtszeit noch nicht abgeschlossen ist.

2. Theoretische Ansätze

2.1. Grundlagen

Die theoretischen Grundlagen dieser Masterarbeit beruhen auf drei Konzepten, die die Grundthematik aus ihrer individuellen Perspektive beleuchten und zusammengefasst ein breiteres Erklärungsmodell bieten. Dabei ist die Erinnerungs- bzw. Geschichtspolitik (hier teilsynonym) und vor allem ihre legitimatorische Wirkung zu nennen. Diese Konzepte stehen im Vordergrund und werden durch den Aspekt der nationalen Identität Polens im Hinblick auf seine Erfahrungen mit dem Staatssozialismus ergänzt.

Begriffe wie Erinnerungspolitik, Geschichtspolitik, Vergangenheitspolitik oder Gedächtnispolitik spielen in der Politikwissenschaft eine zentrale Rolle, wenn diese die Vergangenheit untersucht. Die Konzepte der Begriffe sind ähnlich bzw. (teil)identisch, inwiefern diese sich unterscheiden, wird noch genauer erklärt. Der Terminus Geschichtspolitik hat sich laut Kohlstruck aufgrund der Nennungshäufigkeit durchgesetzt. Ich beziehe mich bei meiner Arbeit auf Kohlstrucks engefasster Definition von Erinnerungspolitik, die sich „auf das jeweilige erinnerungspolitische Handeln, insbesondere seine Ziele und Funktionen“ bezieht (Kohlstruck 2004: 173). Zusätzlich bediene ich mich einer Definition von Geschichtspolitik, die keineswegs eine allgemeine Vergangenheitsbewältigung meint, sondern herauszufinden versucht „wer, wann und warum und mit welchen Mitteln Vergangenheit nutzt, sich auf die beruft, sie politisch deutet und ummodellt“ (Wolfrum 2013: 37).

2.1.1. Zum Begriff der Erinnerungspolitik

Der Begriff Erinnerungspolitik ist laut Kohlstruck „das strategische Operieren mit Geschichtsdeutungen zur Legitimierung politischer Projekte“ (Kohlstruck 2004: 176). „Dies kann die Legitimität von kollektiver Identität, die Legitimität einer neuen Ordnung oder die Legitimität von politischen Akteuren innerhalb pluralistischer Gesellschaften sein“ (ebd.: 173). Grundsätzlich zu unterscheiden ist Erinnerung von Gedächtnis. Ersteres lenkt aktiv die Aufmerksamkeit auf bestimmte vergangene Erfahrungen, Letzteres stellt einen passiven Korpus an vergangenen Erfahrungen dar (ebd.: 175). Ausgegangen wird von der Annahme, dass Erinnerung konstruiert, indem vergangene Geschichte rezipiert und interpretiert wird. Dem liegen bestimmte Interessen von Akteuren zu Grunde, die es zu hinterfragen gilt (ebd.:

176). „Das politische Handeln wird als Streben nach Macht und Ausübung von Herrschaft verstanden und dabei der Legitimität eine hohe Bedeutung beigemessen.“ Die Legitimierungsmacht erhalten die Akteure, sofern die Adressaten an diese glauben, sodass diese gewaltfrei ihr höchstes Ziel, das schon genannte Streben nach Macht und Ausübung von Herrschaft, erreichen können. Dabei ist „die Verbindung von Erinnerung und Legitimität [...] (s)pezifisch politikwissenschaftlich“ (ebd.: 177).

Folgende Struktur wird bei einer Auseinandersetzung mit Erinnerungspolitik sichtbar: Bestimmte politische Akteure interagieren mit anderen Akteuren und versuchen durch Erinnerungsstrategien ihre politischen Projekte zu legitimieren. Hierzu wählen sie Ereignisse, Personen oder Handlungen aus der Vergangenheit und interpretieren sie so, dass diese ihre politischen Vorhaben fördern (ebd.: 181). Die Geschichte kann dann „als politische Mythologie, in politischen Symbolen oder Gedenkstätten sowie als Reden kommuniziert“ und öffentlich gemacht werden (ebd.: 178). „Die Erinnerung an die eigene Geschichte, an besondere Ereignisse, bestimmte Persönlichkeiten und deren Leistungen sind unabdingbare Elemente zur Legitimierung ihrer geschichtlich-politischen Existenz. [...] Erinnerung dient hier der Delegitimierung der alten Ordnung und der Bekräftigung der Rechtmäßigkeit der neuen Ordnung“ (ebd.: 177).

Laut Kohlstruck trägt Erinnerung einen wesentlichen Teil zur Bildung von Identität bei. „Die Frage nach einer erinnerungsgestützten kollektiven Identität ist etwa auch für Parteien und für soziale Bewegungen relevant. [...] Erinnerungspolitik ist der Versuch, sich der eigenen Identität, die in die Tiefe der Vergangenheit reicht und die Zukunft beschwört, anschaulich gewiss zu werden“ (ebd.: 182). Durch Erinnerung lässt sich die Identität mit ihrer Vorstellung von Normen und Werten festigen und dadurch von der Identität der politischen Konkurrenz abheben (ebd.: 177). Den Zusammenhang zwischen Erinnerung und Konstruktion hebt Faulenbach hervor (2006: 14). Dies kann sich in „Identitäts(re)konstruktionsprozessen“ zeigen, die wiederum „zum Gegenstand von Politik“ werden. „Im Hinblick auf die Anerkennung der neuen Ordnung ist die Frage der Identitätskonstruktion verschränkt mit der Legitimationsfrage“, weil „es um die Rechtfertigung des Systemwechsels und der neuen Ordnung (geht)“ (ebd.: 15).

2.1.2. Zum Begriff der Geschichtspolitik

Wolfrums Definition von Geschichtspolitik ist teilidentisch mit Kohlstrucks Definition von Erinnerungspolitik. Auch er definiert Geschichtspolitik als „einen öffentlichen und massenmedial vermittelten Prozess, in dem sichtbar Kräfte und Gegenkräfte am Werk sind und um die Hegemonie von Diskursen und Deutungsmustern ringen“ (Wolfrum 1999: 28). Er erweitert die Aufgaben der Geschichtspolitik um die der Traditionsbildung, beschränkt aber ihre Ziele und Funktion auf die Legitimität kollektiver Identität.⁴ Geschichtspolitik wird zur verpflichtenden Instanz, die eine kritische und aufklärerische Verantwortung hat (Kohlstruck 2004: 180). Troebst, der sich auch mit der Begrifflichkeit beschäftigt, erklärt dabei die explizit elitären Akteure als Teil einer politisch demokratischen Kultur:

„Politische Eliten versuchen Traditionen zu schöpfen, Erinnerungen zu gestalten und Identitäten zu konstruieren. Sie bedienen sich dabei [...] verschiedener Erinnerungsstrategien, umstrittener Inszenierungen, integrierender und desintegrierender Rituale und polarisierender Diskurse, kurz sie betreiben Geschichtspolitik mit der Demokratie und prägen damit gleichermaßen nachhaltig die politische wie auch die Geschichtskultur.“ (Troebst 2013a: 19)

Diese bestimmen, was kollektiv erinnert werden soll. Sie werden nicht auf (nicht)staatliche Akteure wie Regierungen, Ministerien, politische Parteien, Medien usw. reduziert, sondern die zivilgesellschaftlichen Akteure mit einbegriffen, sodass „Primärerfahrungen von Zeitzeugen sich in öffentl. Erinnerung umwandeln (können)“ (ebd.: 23). Wolfrum verweist dabei auf die Art und Weise wie erinnert wird, weil damit „die gegenwärtige politische Ordnung gedeutet und legitimiert (wird). Deshalb ist historische Erinnerung immer auch ein politischer Akt“ (Wolfrum 2013: 39).

Die sich stetig wandelnde Geschichtspolitik im ‚westlich‘ demokratischen Sinne geht davon aus, dass Geschichtspolitik von der Gesellschaft ausgeht und nicht vom Deutungsmonopol etwaiger (Post-)Diktatoren oder autoritärer Regime (Troebst 2013a: 20). Die Einbettung von Geschichtspolitik in eine demokratische politische Kultur, die Entideologisierung dessen sowie die Vereinnahmung der Erinnerung ins Kollektiv stellt keine einheitliche Auffassung des Begriffes dar. Koselleck, bei Troebst, behauptet, dass es „keine kollektive Erinnerung, wohl aber kollektive Bedingungen möglicher Erinnerungen“ gibt und dass sich die persönliche Erfahrung von einer kollektiven Erinnerung nicht „vereinnahmen“ lässt (Koselleck 2000: 19, zitiert nach Troebst 2013a: 21). Der Kritik setzt Troebst entgegen, dass

⁴Zur besseren Übersicht: Wolfrum bezieht hier die „Legitimität einer neuen Ordnung oder die Legitimität von politischen Akteuren“ nicht ein (Kohlstruck 2004: 173).

Geschichtspolitik in pluralistischen Gesellschaften aufklärerische, emanzipatorische sowie politisch-pädagogische Funktionen ausübt und somit eine Seins-Berechtigung hat (ebd.: 21f.).

2.1.3. Zum Begriff der Erinnerungskultur

Für ein breiteres Verständnis der, für meine Arbeit relevanten, Aspekte von Erinnerungs- bzw. Geschichtspolitik ist eine Auseinandersetzung mit dem Terminus Erinnerungskultur notwendig. Erinnerungskultur nach Troebst (2013a: 28), der sich auf Hockerts bezieht (2002: 41), wird „in einem engeren Sinne“ verstanden als „Vergangenheitsbezüge, mit denen ‚Gemeinschaft‘ gestiftet bzw. Gruppenidentität gepflegt wird“. Im weiteren Sinne wird mit Erinnerungskultur ein allgemein kultureller Gebrauch von Geschichte begriffen. Faulenbach ergänzt, dass „Erinnerungskulturen in spezifischer Weise verarbeitete Erfahrungen der Vergangenheit (widerspiegeln). Durch das Erinnern werden sie in die Gegenwart geholt“ (Faulenbach 2006: 11). Somit ist der weite Begriff, also der allgemein kulturelle Gebrauch von Geschichte, deckungsgleich mit Geschichtskultur, der in der Geschichtspolitik als ein Teil fungiert. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik sollen nicht vereinheitlicht, sondern als komplementär angesehen werden. Erinnerungskultur wird demnach geprägt von (nicht)staatlicher Geschichtspolitik sowie durch das private Gedächtnis der Zeitzeugen (Troebst 2013a: 29).

Zusammengefasst lässt sich Erinnerungskultur als Oberbegriff verstehen, Geschichtspolitik als einer von vielen Unterbegriffen dessen. Hinzuweisen möchte ich an dieser Stelle darauf, dass es eine Subkategorie der Geschichtspolitik namentlich Vergangenheitspolitik gibt, die die justizielle, legislative und kulturelle Aufarbeitung mit autoritären oder diktatorischen Vergangenheit meint (ebd.: 28).

Auch Faulenbach unterstreicht die Funktion der Zugehörigkeit der Erinnerungskultur. Gruppen schaffen durch ihr kollektives Gedächtnis eine eigene Erinnerungskultur. Dies fördert wiederum den Vergemeinschaftungsprozess wie die Nationalbildung und eine Nationalgeschichte, die „sich in Denkmälern, Gedenkstätten, Museen, öffentlichen Ritualen, einem vorherrschenden Geschichtsbild“ manifestieren können (Faulenbach 2006: 11).

„Der öffentliche Umgang mit Geschichte sowie Debatten über adäquate Formen des Erinnerns“ bringen laut Wolfrum, indem er auf Meyer verweist, „Aspekte der politischen Kultur und des politischen Selbstverständnisses einer Gesellschaft zum Ausdruck und vermitteln Zugehörigkeiten“ (Meyer 2002: 107-121, zitiert nach Wolfrum 2013: 38f.).

Dabei wären „zwei Arten von Geschichte: die ‚monumentale‘, die an die Heldentaten der Nation erinnert und Stolz erzeugt sowie die ‚kritische‘, welche ihr Augenmerk auf die negativen Erscheinungen der Nationalgeschichte legt“, zu unterscheiden. Kraft gibt hier aber zu bedenken, dass „Gemeinschaft sich nur erzeugen ließe, wenn auf die Ereignisse verwiesen werde, auf die die Gemeinschaft stolz sein könnte“ (Kraft 2006: 99).

Ziółkowski erweitert die Gruppenstärkung durch positive Ereignisse um die Möglichkeit einer „Unrechts-Vererbung“. „Erinnerung (ist) vor allem dann von Bedeutung für die Gegenwart, wenn vergangene Ereignisse bestimmte Verhältnisse geschaffen haben, sowie bestimmte Merkmale und vor allem bestimmte Ungleichheiten aufweisen“. Ob und inwieweit diese Ereignisse vererbt werden und inwieweit sich das Erbe auf die Gruppenidentität und oder die eigenen Partikularinteressen auswirken, hängt davon ab, in welchem Ausmaß das Ereignis die Grundlage für eine Gruppenzugehörigkeit und -identität schafft. Konflikte politischer, ökonomischer, kultureller, ethnischer und rassistischer Art können im kollektiven Gedächtnis wirken und die nächsten Generationen beeinflussen (Ziółkowski 2004: 56).

Das kollektive Gedächtnis hat als Kehrseite das kollektive Vergessen, das genauso instrumentalisiert werden kann. Wenn kollektiv Erinnern bedeutet, dass eine Gruppe gemeinsame Einschätzungen zur Vergangenheit hat, die mit bestimmten Handlungen einhergehen und die Grundlage des kollektiven Erinnerns bilden. So äußert sich das Vergessen darin, dass Informationen, die als störend empfunden werden, dem eigenen Selbstbild schaden oder wider bestimmten Interessen sind, aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt werden. Bereits bestehende private Erinnerungen werden „umgedeutet, minimiert und ins Unterbewusstsein abgeschoben“, sodass diese Überzeugungen nicht mehr öffentlich debattiert werden können und somit jede Handlung unmöglich gemacht wird. Vergessen kann passiv, somit unbewusst geschehen, aber auch aktiv, also bewusst und manipulativ. „Die spontanen Vergessensprozesse in der Bevölkerung werden also zusätzlich durch bewusste Manipulationen, vor allem von Seiten der Staatsmacht, überlagert“ (ebd.: 54f.).

Der Dualismus des Erinnerns und Vergessens kann aber auch unter einem weiteren Gesichtspunkt betrachtet werden: „Sich an das zu erinnern, was [die Staatsmacht] zum Vergessen verurteilt, und das zu vergessen, was diese im Gedächtnis erhalten will (ist) eine Form des Widerstandes gegen die herrschende Macht“ (Szacka 1994, zitiert nach Troebst 2006: 43).

2.2. Polnische Erinnerungspolitik und der Staatssozialismus

Dass die Geschichtspolitik in den postsowjetischen Ländern eine besondere Rolle spielt, hat laut Segert zwei grundsätzliche Ursachen. Der Staatssozialismus legitimierte sich durch ideologische Geschichtsinterpretationen, die als die einzige Wahrheit gelten sollten. Dieser einseitige Deutungszwang führte nach 1989 zu einer Welle von alternativen Geschichtsdeutungen. Der andere Ursprung liegt weiter zurück. In den nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts in Osteuropa war die enthusiastische Hervorhebung der eigenen Nation für die nationale Identität auch deshalb so relevant, weil die ideologischen Geschichtsinterpretationen die Herrschaftsordnung legitimierten und festigen. Kritik an dieser galt als Verrat (Segert 2016: 18f.). Die polnische Identität und das damit zusammenhängende Nationalbewusstsein sind nicht nur Resultate der Geschichtserfahrung sondern können auch als Fundament dienen, auf welchem Erinnerungspolitik wirken kann.

2.2.1. Polens Identität und Nationalbewusstsein

Ein Teil der polnischen Identität basiert auf einer Identifikation mit dem polnischen Romantismus aus dem 19. Jahrhundert, der als „ritualisierte Überlieferung der Erinnerungskultur“ zu verstehen ist. Die Interpretation ihrer Symbolik und der Begriffe „Mut, Ehre oder nationale Traditionen“, aber auch die „Mythologie des Leidens“ und die „Viktimologie“ haben eine lange Tradition (Traba 2011: 74f.). Dies spiegelt sich unter anderem im heldenhaften und aufopfernden „Mythos des Märtyrertums“ wieder, des patriotischen „Polen als Soldaten, der für die Freiheit des Vaterlandes kämpft und stirbt“ (ebd.: 72). Eingebettet wird die romantische Vorstellung der beschriebenen polnischen Identität in einen, seit den Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts, „tiefen Graben zwischen ‚uns‘ und ‚denen‘ (da oben) bzw. zwischen ‚Gesellschaft‘ und ‚Staat‘ (Troebst 2004: 32).

Von Teilen der Bevölkerung und der Elite wird die polnische Nation als „Christus der Völker“ beschrieben, „die sich in einem meist aussichtslosen, aber dafür gerechten Kampf gegen unterschiedliche Formen der Fremdherrschaft befand“ (Kraft 2006: 97f.). Auf Grund solch einer Geschichtsauffassung hatte der durchschnittliche Pole das Gefühl der Überlegenheit gegenüber anderen Völkern, die keine „makellose und heroische“ Vergangenheit hatten (Ruchniewicz 2003: 262).

Durch die Erfahrungen der deutschen und sowjetischen Besetzungen im 20. Jahrhundert und dem damit einhergehenden Verlust der Souveränität wurde „in Polen die Nation [...] zum Träger vermeintlicher nationaler Einheit und zum historischen Akteur“ (Kraft 2004: 41). Dies hatte „zu Folge, dass die Nation nicht selten als eine exklusiv verstandene ‚Schicksalsgemeinschaft‘ gedacht wurde, die ausgesprochen exkludierende Tendenzen haben kann“ (ebd.: 42). Diese scheinbare Homogenisierung der polnischen Bevölkerung und die Kritik, dass die Nation nicht nur aus Opfern und heldenhaften Widerstandskämpfer sondern auch Täter und Mitläufer bestand, ist immer noch Gegenstand von Auseinandersetzungen.

Die Erfahrung mit dem Staatssozialismus stiftet ein wichtiges Identitätsmerkmal:

„Die Länder des ehemaligen Ostblocks, deren kulturelle Kontinuität in den letzten Jahrhunderten oftmals unterbrochen wurde, verspüren stärker als die ‚alten‘ europäischen Demokratien das Bedürfnis nach einer Bestätigung der eigenen historischen Identität durch die Suche nach Elementen ihrer Kontinuität. Ihre kommemorative Leidenschaft hat eine doppelte Dimension. Sie suchen nach einer Abrechnung mit der Geschichte des kommunistischen Staates und wollen alle von den ideologischen Diktaturen aufgestellten Tabus der Erinnerung brechen. Die Gesellschaften dieses Teils von Europa passen in die Interpretation von Pierre Nora, der die neueste Explosion des Erinnerns als eine Reaktion der Minderheiten erklärt: „Das ist die Rache der Armen, Unterdrückten und Unglücklichen, als die Geschichte derjenigen, die kein Recht auf Geschichte hatten. Ihnen gehörte bislang, wenn nicht die Wahrheit, so doch die Treue“ (Nora 2000: 22, zitiert von Wolff-Powęska 2013: 69). Die manipulierte, blockierte und verordnete Erinnerung steht in einem engen Zusammenhang mit der ‚verletzten‘ Identität.“ (ebd.: 69)

Ein relevanter Grundstein der polnischen Erinnerungskultur in Bezug auf den Kommunismus wurde aber schon 1920 gelegt: Der Sieg der polnischen Streitkräfte über die Rote Armee in der Schlacht bei Warschau. Die Unterstreichung dieser ist ausschlaggebend für das polnisch-russische Verhältnis sowie für die polnische Identität. Aus polnischer Sicht waren dies sowohl ein Erfolg aus eigenen Kräften als auch eine unerschöpfliche Quelle des Nationalstolzes, die bis in die Gegenwart wirkt (Chwalba 2010: 11). Daraus schlussfolgerte man, dass das polnische Volk „im Namen höherer Werte zu leiden“ habe (Traba 2011: 74). Daraufhin „verschmolzen die Erinnerungsorte ‚Hitler-Stalin-Pakt‘, ‚17. September 1939‘ und ‚Katyń‘⁵ zu einer Einheit und wurden zum Gründungsmythos der Dritten Republik: Polen sah sich nun nicht nur als Opfer des nationalsozialistischen Deutschland, sondern als Opfer zweier totalitärer Regime, was sich in den Ereignissen der Jahre 1939/40 geradezu symbolhaft

⁵ Beim Massaker von Katyń 1940 ließ die Sowjetunion über 14.000 polnische Offiziere ermorden.

verkörperte“ (Scheliha 2013: 226). Andere kritische Stimmen wie Ruchniewicz entgegen der obsessiven Opferidentifikation, dass sich Polen zwar auf Grund der Geschichte als Opfer immer wieder bestätigt. Jedoch sieht er darin, anders als manche (politische) Gruppierungen und Individuen „kein Material zur weiteren Mythologisierung der Vergangenheit, zur Kreierung als unschuldige Opfer“ (Ruchniewicz 2006: 92).

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems wirkte sich nicht nur die Zerstörung der kommunistischen „Ideologie und Selbstdarstellung“ auf Polens Erinnerungskultur aus, „sondern auch der nach 1989/90 verstärkt einsetzende Prozess der (Re-) Konstruktion nationaler Identitäten, der häufig als Wiederherstellung nationaler Identitäten begriffen wurde“ (Faulenbach 2006:13f.). Ruchniewicz wiederum sieht im Umgang Polens mit seiner kommunistischen Vergangenheit keine „Modifizierung der Vorstellungen von der eigenen Nation [...] sondern eher eine Schließung der Gedächtnislücken und des historischen Wissens“. Anders als manch anderer sieht Ruchniewicz in diesem Prozess keine „schmerzhaft Abrechnung“ (Ruchniewicz 2006: 92).

Die nicht vererbare individuelle Verantwortung führt laut Ziółkowski auch zu keiner kollektiven Verantwortlichkeit. Generell stimmt er der Bildung der kollektiven Identität durch die Zugehörigkeit zu einer nationalen Gruppe und somit die Möglichkeit einer kollektiven Verantwortung zu (ebd.: 60f.). Jedoch im Fall der kommunistischen Vergangenheit Polens geht es laut ihm nicht um

„Fragen der kollektiven Identität, des kollektiven nationalen Interesses oder der kollektiven nationalen Würde und Verantwortung. Sie betreffen vielmehr die Differenzierung innerhalb der polnischen Gesellschaft, den inneren Interessenkampf, den Verschleiß der Wertesysteme und die Suche nach individueller Gerechtigkeit und Genugtuung.“ (ebd.: 65f.)

Nicht zu unterschätzen ist aber nicht nur die bis heute teilweise wirkende, tiefe Verwurzelung der kommunistischen Ära in den „alten Strukturen und staatlichen Institutionen“, sondern vor allem „auch im Bewusstsein und in der Mentalität der Menschen“ (Chwalba 2010: 24).

2.2.2. Geschichtspolitik vor 1989

„Neben religiösen sowie imperialen, nationalen, ethnokulturellen und regionalen Traditionen“ beeinflussen besonders die Erfahrungen mit dem kommunistischen Regime die polnische Erinnerungskultur (Troebst 2006: 30). Nicht nur von der allgemein konfliktreichen und feindlichen Geschichte der beiden Länder, sondern vor allem durch die Geschehnisse von

1917/1918 und den 1920er Jahren wird die polnische Erinnerung an die Phase der sowjetischen Besatzung vorgeprägt. Das geteilte Polen nutzte die internationale Lage 1917/1918 um den Weg zur Unabhängigkeit vorzubereiten und diese schlussendlich zu erlangen. Am Ende des Ersten Weltkrieges begann sich ein Kampf um die Ostgrenze zu bilden, der 1920 seinen Höhepunkt im Sieg der polnischen Streitkräfte gegen die Rote Armee hatte. Die russische Interpretation „dass sie (Polen) ihre Unabhängigkeit nur der Großzügigkeit der Bolschewiken 1917 zu verdanken gehabt hätten“ fand „keinen Platz im polnischen historischen Bewusstsein“ (Ruchniewicz 2006: 80). Die, von den Kommunisten aus politischen und ideologischen Gründen verordnete, russische und offizielle Geschichtsauslegung betraf nicht nur den polnisch-sowjetischen Krieg sondern auch die polnisch-sowjetischen Beziehungen im 20. Jahrhundert sowie Repressionen gegen die polnische Bevölkerung und die Unterordnung unter den Kommunismus, dirigiert durch Russland (Ruchniewicz 2003: 261).

Die „Totalisierung der Erinnerungspolitik“ wirkte vor allem in den Jahren 1949-1956. Bis 1980 versuchte die Sowjetunion das kulturelle Gedächtnis zu monopolisieren (Traba 2011: 72f.). Insofern kontrollierte die PZPR die „Veröffentlichungen [sowie] Vorstellungen (Kino, Theater usw.)“ und zensierte die Presse, das Radio und das Fernsehen mittels „Richtlinien zur Informations- und Propagandapolitik, denen die Medien uneingeschränkt zu folgen hatten“ (Friszke 2009: 94). Gleichzeitig herrschten in den polnischen Schulen und Universitäten „ideologische Leitwerte“ unterstützt durch „marxistische Erziehungsstile und Bildungsinhalte in den geisteswissenschaftlichen Fächern sowie [die kommunistische] Doktrin mit ihrem sozialistischen Menschenbild“ (Steier 2009: 477f.). Mit diesen Maßnahmen wurde „(d)ie Manipulation des kollektiven Gedächtnisses [...] zu einem allgegenwärtigen Bestandteil der offiziellen Propaganda und des Geschichtsunterrichts“ (Wolff-Powęska 2013: 71).

Bis in die 1970er Jahre instrumentalisierte die PZPR erfolgreich die polnisch-deutsche Geschichte, „v.a. die schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs sowie die Ablehnung der neuen polnisch-deutschen Grenze nach dem Krieg durch die Bundesrepublik Deutschland“ und legitimierte dadurch ihre Regierung. Auf Ablehnung stieß jedoch nicht jeder Bereich der kommunistischen Geschichtspolitik (Ruchniewicz 2007: 2f.):

„Gestärkt wurde aber ein polenzentriertes Bild der Geschichte Europas ebenso wie der Kult eines opferbereiten Patriotismus und der Hingabe. Während die Neigung der polnischen Seele zum Märtyrertum gepflegt wurde, wurde die Erfahrung der multiethnischen Gebiete, die einst

zum polnischen Staat gehört hatten, an den Rand der gesellschaftlichen Erinnerung gedrängt“.
(ebd.: 3)

„Die Versuche der Kommunisten, jene Fakten aus der Historiographie und dem Bewusstsein des Volkes zu tilgen, die die Gegensätze und sogar die Feindschaft zwischen der Partei und dem ‚arbeitenden Volk‘ belegten“, scheiterten unter anderem, weil parallel zur offiziellen Geschichtspolitik das private Gedächtnis existierte. In dieser inoffiziellen Geschichtsschreibung hatten behördlich ‚nicht existierende‘ Fakten Raum und wurden von der Familie und Angehörigen weitergegeben, weshalb diese glaubwürdiger war. Existierende oppositionelle Erinnerungskulturen galten zwar als ‚offizieller‘, diese wurden aber von der sowjetisch propagierten Geschichte beeinflusst. Ab den 1970er Jahren wurde das private Gedächtnis durch die damalige Untergrundliteratur publizistisch unterstützt (Ruchniewicz 2003: 261). „Der Abstand zwischen der offiziell verordneten Version der Geschichte und ihrer gesellschaftlichen Rezeption vergrößerte sich“ in den 1980er Jahren immer mehr und erreichte 1989 ihren Höhepunkt (Traba 2011: 73). Auch wenn das Jahr 1989 erinnerungskulturell für einen „Endpunkt eines Prozesses, nicht für dessen Beginn“ steht, weil sich dieser lange vor 1989 abzeichnete (Troebst 2006: 48), wurde das gesellschaftliche Bewusstsein durch den neuen öffentlichen Diskurs grundlegend beeinflusst. Das offene Verkünden von diversen Ansichten und Werten veränderte nach und nach die privaten Grundsätze der polnischen Bevölkerung (Ziółkowski 2004: 53).

2.2.3. Geschichtspolitik nach 1989

Der Umgang mit dem Erbe des Staatssozialismus sollte zwei Ziele erfüllen: „die symbolische Abwertung des alten Systems“ und „die Herstellung von Gerechtigkeit“ mit Hilfe der Justiz (Segert 2011: 63). So war die offizielle Geschichtspolitik aber nicht nur darauf orientiert das symbolische Erbe der Volksrepublik zu entfernen sondern gleichzeitig ein positives Bild Polens im Ausland zu kreieren (Wolff-Powęska 2013: 73). Laut Loew gab es allerdings keine „absichtsvolle mittel- und langfristig angelegte ‚Geschichtspolitik‘ [...] vielmehr eine Abfolge verschiedener öffentlicher Debatten sowie von Jubiläumsfeiern“ (Loew 2008: 99). Die äußerlichen Veränderungen waren schnell sichtbar, wie Straßenumbenennungen oder Wiedereinführungen polnischer Staatsfeiertage. Auch wenn diese Zeichensetzungen für einen Neubeginn wichtig sind, stellt sich die Frage, ob diese nicht auch die Geschichte verfälschen (Ruchniewicz 2007: 3).

Dem Wunsch nach einer öffentlichen und rechtlichen Auseinandersetzung mit der „inoffiziellen“ Geschichte, in der Umgangssprache ‚Entfernung der weißen Flecken‘ genannt, kam erst weit nach dem Umbruch des Jahres 1989. Ein Grund war, dass „finanzielle Mittel und personelle Kompetenz“ in keinem befriedigenden Ausmaß aufgebracht wurden (Segert 2011: 54). Nicht nur die Tatsache „dass die stalinistische Phase mit den großen Verbrechen schon relativ weit zurücklag und die Spuren dieser Verbrechen erst freigelegt werden mussten“, war ein Problem, sondern auch der Umstand, „dass die Repräsentanten des alten Systems, die keineswegs alle Machtpositionen 1989/90 verloren, (an einer Verurteilung der kommunistischen Verbrechen) vielfach kein Interesse hatten und haben“ (Faulenbach 2006: 19). Bei der strafrechtlichen Verfolgung kam es auch deshalb zu Problemen, weil „nur jene Handlungen, die vor 1989 gegen das geltende Strafrecht (der damaligen Rechtsordnung) verstießen, nach 1989 problemlos geahndet werden (konnten)“ (Segert 2011: 65).

Diese unbefriedigenden Erfahrungen stärken die Bedeutung der justiziellen Dimension, indem „mit Hilfe von Prozessen, Gerichtsurteilen und Gesetzen immer öfter versucht (wird), verbindlich zu bestimmen, wer schuldig bzw. mitschuldig und wer unschuldig ist“. Somit hofft man, „dass sich auf diese Weise eine endgültige und verbindliche Wahrheit über die Vergangenheit etablieren lässt“ (François 2013: 546). Die Diskussionslinie verläuft laut Kraft nicht entlang der Frage, ob Polen ein besetztes Land war, sondern:

„[...] wer und bis zu welchem Grade für die kommunistische Herrschaft verantwortlich gewesen war und diese in aktiver oder passiver Weise mitgetragen hatte. Die Antwort auf die Frage nach der individuellen Verantwortlichkeit wird dabei in besonderem Maße durch die jeweilige Gesamtsicht auf die gut vierzig Jahre volkspolnische Geschichte bestimmt.“ (Kraft 2006:104)

So hat die Mehrheit der, in der Volksrepublik Verantwortung tragenden Bürger Polens, nicht für die Straftaten haften müssen. Hinzu kommt, dass die voranschreitende Zeit den Wunsch nach strafrechtlicher Gerechtigkeit immer unrealistischer erscheinen lässt. Jedoch wurde durch die letztendliche Öffnung der polnischen und sowjetischen Archive das durch die Untergrundliteratur unterstützte private Gedächtnis verifiziert und der Wunsch nach zivilgesellschaftlichem Erinnern verstärkt (Ruchniewicz 2003: 261f.). Es entstanden viele lokale Akteure, die sich mit der eigenen Vergangenheit beschäftigten. Als Beispiele kann man regionale Dialoge, Museen, Verlage, Vereine u.v.m. heranziehen. Allerdings brachte die breitere Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auch Erinnerungen von Minderheiten zu Tage (ebd.: 262). Mit dieser Anerkennung des Gedächtnisses wertete man auch die Opfer auf,

was eine Konkurrenz der Erinnerung und des Status der Opfer, die sogenannte „Opferkonkurrenz“, mit sich brachte (François 2013: 546). Auch weil die Musealisierung und Individualisierung der Erinnerung immer mehr an Bedeutung gewinnt (Traba 2011: 72f.), scheint die schwierige Debatte über das Erbe des Staatssozialismus kein Ende zu nehmen. Welche Hürden dies mit sich bringen kann, zeigt sich zum Beispiel in der Gründung des Museums für den Warschauer Aufstand und des Instituts des Nationalen Gedenkens IPN. Letzteres beschäftigt sich u.a. mit den kommunistischen Hinterlassenschaften in Polen, indem es Akten des staatlichen Sicherheitsdienstes verwaltet und die kommunistischen Verbrechen gegen das polnische Volk strafrechtlich verfolgt. Beide staatlichen Einrichtungen tragen wenig zu einer Erinnerungsvielfalt bei, zudem stößt das IPN immer wieder auf Hindernisse und löst kontroverse Diskussionen aus (Ziółkowski 2004: 66).

Der Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 und die vorausgegangene innerpolitische Vorbereitung darauf gab der polnischen Erinnerungspolitik eine neue Dimension. Nicht nur bot dies die Chance auf einer Verkleinerung der aus polnischer Sicht sowjetverschuldeten Entwicklungsdifferenz zwischen Polen und dem europäischen Westen, die, nebenbei bemerkt, als temporär angesehen wurde (Kraft 2004: 40), auch konnte das Geschichtsbewusstsein auf die ganzeuropäische Ebene erweitert werden. Die seit 1989 „beschleunigte Europäisierung“, welche den transnationalen Austausch zwischen den Ländern vorantrieb, rief ein „Zeitalter des Gedenkens und des Gedächtnisses“ hervor (François 2011: 13f.). Durch die Osterweiterung der EU fand eine intensive geschichtspolitische Debatte statt, die auf eine übergreifende Identitätsstiftung abzielte und dabei aufzeigte, welche Trennlinien die Erinnerungskultur Europas durchziehen (Troebst 2013a: 94). Die Befremdung des Westens durch „die in der Diktatur gewachsene Identität des Ostens, die aus dem Widerstand gegen die Fremdherrschaft um das Eigene rang und das Nationale pflegte“ (Breier 2011: 157), schafft eine unterschiedliche Erwartung versöhnlicher oder vergeltender Art, an den Umgang mit der Vergangenheit. Trotz der Anerkennung der identitätsstiftenden Wirkung der „kollektive(n) Identifikation mit den Opfern der unterschiedlichen politischen Systeme“, stößt das Ziel der EU sich mit der Vergangenheit zu versöhnen, auf die Befürchtung einer gegenseitigen Aufrechnung und Relativierung der verübten Verbrechen und Ausblendung der Täter (Troebst 2013a: 107).

Als Beispiel für die Art der Differenzen zwischen Ost und West sei auf die Verhandlungen des europäischen Rates über einen Rahmenbeschluss zu Rassismus und Xenophobie 2007 verwiesen:

„Polen und die baltischen Staaten verlangten, Massenmord, Deportation, Großen Terror und GULag in der Sowjetunion unter Stalin explizit mit in den Entwurf aufzunehmen, und forderten ein europaweites Verbot der Billigung, Leugnung oder Verharmlosung dieser Verbrechen.“ (ebd.: 115)

Diese Forderungen wurden teilweise durchgesetzt, indem der Inhalt nur allgemein übernommen und die Sowjetunion nicht explizit beschuldigt wurde. Dieses Bemühen Polens, die Erinnerung an ihr Schicksal im 20. Jahrhundert in ganz Europa lebendig zu halten, liegt an der schmerzhaften Erfahrung des Unwissens des Westens über Polens Vergangenheit (Ruchniewicz 2006: 91). Dabei kann der jeweilige „Stil der Beziehung zur Vergangenheit“ (Scheliha 2013: 543) die Gefahr einer hegemonialen Interpretation auf Kosten anderer europäischer Länder bergen, sodass die Erinnerung einseitig stattfindet (Traba 2011: 81).

Segert bemerkt, dass die Intensität der Geschichtsdebatten nicht nur in den Jahren nach der Wende hoch ist, sondern immer wieder ab- und zunimmt. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass dieses Abkühlen und Aufheizen der Diskussionen über die Vergangenheit politisch herbeigeführt wird, um die Debatten in ihrem Sinne zu nutzen und ihre Deutungen gegen (postsozialistische) Konkurrenten einzusetzen (Segert 2011: 74).

„Die Vergangenheit jedenfalls ist auch im Falle des osteuropäischen Staatssozialismus zwei Jahrzehnte nach seinem Ende nicht wirklich vergangen. Sie wirkt allerdings nicht als Ganzes und nicht von alleine, sondern nur durch die Aktivitäten der Akteure der Gegenwart und deren Interessen und Identitäten sowie deren Kampf untereinander um Deutungsmacht.“ (Segert 2011: 76)

2.2.4. Polens Erinnerungspolitik und ihre Akteure nach 1989

Die kommunistische Zeit wird von der politischen Elite flächendeckend kritisch wahrgenommen, jedoch reicht das Spektrum von gemäßigter bis zur radikalen Vergangenheitsbeurteilung. Manche von ihnen definieren sich nicht nur „über ihre jeweilige Haltung zur Vergangenheit, ja aus dieser Haltung werden sogar die maßgeblichen Werte für die Gegenwart abgeleitet“ (Kraft 2006: 105f.).

Um Zustimmung zu erhalten, nützen die Einen die Volkspolen-Nostalgie und versuchen unangenehme Erinnerungen in Vergessenheit zu befördern. Die Verzögerungen und Blockaden der Verurteilung individueller Schuld seitens der Postkommunisten

„fiel mit der Politik einiger Post*Solidarność*-Kreise und –medien zusammen, welche sich eine spezifische Auslegung der Politik des ‚Schlussstriches‘ zu Eigen machten und die Ansicht vertraten, dass der religiöse oder moralische Fundamentalismus sowie Nationalismus die Demokratie mehr gefährdeten als die Überreste des längst besiegten kommunistischen Monstrums.“ (Ziółkowski 2004: 65f.)

Die Versöhnungsbefürworter schätzen gerade universale Werte, die nicht an spezifisch polnische Kulturmuster rückgekoppelt sind und steuern gegen Xenophobie und übersteigerten Nationalismus. Jene Vertreter versuchen, „die Volksrepublik Polen zwar nicht als politisches System, aber immerhin als die Lebenswelt der Polen zu rehabilitieren.“ Deshalb könne man, da alle Polen die gleiche Erfahrung gemacht hatten, dem gesamten Volk den Titel ‚Postkommunist‘ geben. Kraft kritisiert an dieser Stelle, dass dies „eine(r) pauschale(n) Verdammung der Volksrepublik (und) zu einer ungerechtfertigten Herabsetzung der Lebensleistung der Bürger dieses Staates führen (würde)“ (Kraft 2006: 105).

Andere versuchen gezielt diese vergangenen Geschehnisse einzelner Personen an die Öffentlichkeit zu bringen und nehmen jede Chance wahr, um negative Erinnerungen hochzuhalten. Für Diese ist der ständige Diskurs über die kommunistischen Verbrechen und die Forderungen nach Wiedergutmachung essentiell für das eigene Dasein (Ziółkowski 2004: 65). Vor allem Nationalkonservative, die mit der politischen Entwicklung der Dritten Republik unzufrieden sind, ächten die Volksrepublik. Sie werden nicht müde „den Zwangscharakter, aber auch die Fremdheit des politischen Systems“ zu betonen und fordern „eine konsequente Abgrenzung von den politischen Werten und Eliten sowie eine radikale juristische Aufarbeitung“ (Kraft 2006: 105). Diese Suche nach (Teil)Schuldigen und Unschuldigen sowie der ‚richtigen‘ Ansicht auf die Vergangenheit führt zu einer strikten

„Trennung in Schuldige bzw. Mitschuldige, die bestraft werden müssen (gerichtliche Verurteilung, Gefängnisstrafe, Geldbuße, Amtsenthebung, Lustration⁶ usw.), und Unschuldige, denen ihre Rechte zurückgegeben werden müssen (offizielle und symbolische Anerkennung, Entschädigung usw.) – eine Trennung, die im Extremfall zu einer dichotomen Reduzierung der Gesellschaft in Täter und Opfer führen kann [...]“ (François 2013: 546)

⁶ Die Durchleuchtung der Archivakten von Personen, die von 1944-1990 in den Sicherheitsorganen des Staates tätig waren.

Dabei die Verantwortung für die Entwicklung eines komplexen Systems einzelnen Personen zuzuschreiben, ist nicht zielbringend, denn „(g)eschichtliche Prozesse können nicht durch Gerichte beurteilt werden“ (Segert 2011: 66).

Als Beispiel wie hoch das emotionale Niveau des Kampfes um die Erinnerung geführt wurde und man sich der Mystifizierung bediente, gilt der ‚Runde Tisch‘. Dieser, an welchem die Verhandlungen zwischen dem ehemaligen Staatsapparat, den polnischen Kommunisten, und der politischen Opposition durch die Gewerkschaftsbewegung Solidarność - zu deutsch Solidarität - vertreten, stattfanden, entsprach nicht dem erwünschten identitätsstiftenden romantischen Mythos, weil die Trennung zwischen dem ‚Wir‘ (die Opposition) und den ‚Sie‘ (die Staatsmacht) durch die friedlichen Verhandlungen verschliffen (wurde) (Kraft 2006: 95). Dieser Erinnerungskonflikt fand zwischen der Solidarność und dem antikommunistischen Lager der polnischen Opposition wegen der unterschiedlichen Wahrnehmung zum ‚richtigen‘ identitätsprägenden Gründungsmythos für die Dritte Republik statt. Auch wenn der „historisch einmalige Charakter der Versöhnung“ als „Wertefundament der Dritten Republik“ angesehen wird, so erhob das antikommunistische Lager den Vorwurf einer angeblich damit einhergehenden Aufopferung der Aufarbeitung (ebd.: 107). Scharf wurde kritisiert, dass „sich die ‚Solidarität‘ sehr viel mehr als eine Vertreterin polnischer Identität gegen die als fremd empfundene kommunistische Herrschaft, desgleichen Bildes sich die polnischen Kommunisten bedienten, denn als Vertreterin von gruppenspezifischen Interessen verstanden hätte“ (ebd.: 108).

Der Versuch der ‚Solidarność‘, selbst als Gründungsmythos der Dritten Republik für Polen zu wirken, scheiterte auch deshalb, weil die dichotome Weltsicht von ‚Wir‘ und ‚Sie‘ im Vergleich zur vielschichtigeren Wirklichkeit zu kurz griff. Kraft erklärt diese vereinfachende Betrachtungsweise damit, dass „wenigstens die an diesen Leitlinien entlang konstruierte Erinnerung an das vorangehende System Halt geben (soll)“ (Kraft 2004: 42). Die Diskussion um die Darstellung der Nation und der Nationalgeschichte sowie der polnischen Identität läuft entlang einer extremen Linie. Es werde „häufiger auf Epitheta als auf sachliche Argumente zurück(gegriffen) (patriotisch – antipatriotisch, national – kosmopolitisch)“. Diese Herangehensweise führt zu einer Unterscheidung zwischen „echte(n) Polen“ und „nationalen Verrätern“ (Traba 2011: 79), welche wenig versöhnlichen Charakter hat. Zudem führte der selektive Vergangenheitszugang durch „z.B. die unkritische Idealisierung der Zweiten Polnischen Republik oder verschiedene Ausdrucksformen von Germanophobie und

Russophobie“ (Wolff-Powęska 2013: 73) nicht nur zur gesellschaftlichen Zustimmung sondern auch zu Einwänden. Diese partielle und deshalb widersprüchliche Darstellung der Geschichte wird von Teilen der polnischen Bevölkerung kritisiert, die sich nach einer vielfältigeren Interpretation der Vergangenheit sehnen. Selektives Vergessen und dessen Instrumentalisierung wird dadurch erklärt, dass

„die Bedeutung der Geschichte des eigenen Volkes bequemer zu erfassen (ist), wenn bestimmte Ereignisse übergangen werden, die nicht in das Gesamtbild passen. Sich mit einem unwiederbringlichen Verlust abzufinden ist leichter, wenn nur ganz bestimmte Erinnerungen gepflegt werden. Auch das Kämpfen für die eigenen Interessen ist einfacher, wenn Nachdruck nur auf jene Informationen über die Vergangenheit gelegt wird, welche die eigenen Forderungen rechtfertigen. Hingegen werden jene ausgeblendet, welche die Forderungen der anderen Seite stützen könnten.“ (Ziółkowski 2004: 55)

So ist die Frage nicht eindeutig zu beantworten ob die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit deshalb so schmerzhaft ist, weil „es hier um die Zerstörung nationaler Selbstbilder geht [...] oder ob die gegenwärtigen partikulären gesellschaftlichen Interessen den Umgang der Diskutanten mit der Vergangenheit bestimmen“ (Kraft 2006:104). Die beschriebene Art Polens ihre Geschichte zu interpretieren, schafft verfeindete politische Kollektive, anstatt die Versöhnung anzustreben. Eine zu starke Fixierung auf die Vergangenheit, die man manchen polnischen Gruppierungen vorwerfen kann, verhindert nicht nur zukunftsfähige Gesellschaftsentwürfe. Bezogen auf den Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit hat dies „die negative Folge, dass sich die Parteien durch ihre jeweilige Haltung zur Vergangenheit, nicht jedoch durch ihr Aufgreifen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen“ kennzeichnen (ebd.: 106).

Eine mögliche Erklärung für diese historische Obsession könnte sein, dass die Gegenwart als weniger übersichtlich wahrgenommen wird und manche politische Vertreter sich deshalb ins Vergangene flüchten. Förderlicher für einen friedlicheren Umgang mit dem Erbe der Geschichte wären jedenfalls eine nüchternere Betrachtungsweise und mehr Distanz dieser und sich selbst gegenüber. Solange aber der hegemoniale Diskurs einen dermaßen emotionalen Kern aufweist, bleibt das „kollektive Gedächtnis [...] von rivalisierenden Emotionen und politischen Kräften“ abhängig (Wolff-Powęska 2013: 73).

2.2.5. Polens Erinnerungspolitik und die Gesellschaft nach 1989

Die seit Mitte der 1990er Jahre aufkommende zivilgesellschaftliche Erinnerung differenzierte und demokratisierte das Gedächtnis, jedoch erhöhte sich dadurch nicht die Bereitschaft, die aufkommenden Differenzen demokratisch auszuhandeln. Sodass „gerade die Rückkehr ‚fremder‘, während der Zeit der Volksrepublik Polen unterdrückter Gedächtnisse, den Ruf nach einer aktiv betriebenen Geschichtspolitik laut werden (ließ)“ (Kraft 2006: 96). Gleichzeitig wurde und wird die Geschichtspolitik nicht nur von der Regierung sondern auch von der Zivilgesellschaft gestaltet, auch wenn es staatlichen Akteuren leichter als Privatpersonen fällt, die offizielle Geschichte in ihrem Sinne zu prägen (Wolff-Powęska 2013: 73). Diese gestaltet ein neues Geschichtsbewusstsein und eine neue Identität mit, sodass die Konsequenzen eine Stärkung des offenen Regionalismus und des Lokalen sowie der Gemeinschaft sind. Dieser Kampf oder die Konkurrenz um die Erinnerung könnte und sollte in einer pluralistischen Erinnerungskultur münden (Faulenbach 2006: 14). Dabei wirken ein Geschichtsnarrativ aus unterschiedlichen Blickwinkeln sowie eine historische Einheit heilend für die ‚verletzte Identität‘, sodass ein „Gefühl der Gemeinschaft und Zugehörigkeit“ geboten werden kann (Wolff-Powęska 2013: 85).

Solch eine vielseitige Erinnerung betrifft auch die Zeit des Staatssozialismus, denn diese wird sehr unterschiedlich wahrgenommen. Um dies begreiflich zu machen, ist es notwendig darauf hinzuweisen, dass Erinnerung an die kommunistische Zeit kollektiv von der nationalen Gemeinschaft, aber auch vor allem von einzelnen Gruppen bzw. Personen verwahrt wird. Diese Erinnerungen hängen mit der individuellen Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung zusammen und mit dem Problem individueller Schuld und Verantwortung sowie in Einzelfällen mit der Suche nach Gerechtigkeit. Sie betreffen aktuelle politische Gegensätze und Interessen, indem sie nicht eine gemeinsame nationale Identität unterstreichen, sondern ihre jeweils gruppenspezifischen Ziele durchsetzen wollen. Deren grundsätzliche Streitpunkte verlaufen anhand der Beurteilung über „das Funktionieren des kommunistischen Systems (vor allem in politischer Hinsicht)“ und „das Funktionieren der Gesamtgesellschaft auf der Ebene des täglichen Lebens und individueller Biografien“. Interpretationsspielraum lassen nicht nur die unterschiedliche positive und negative Kritik der kommunistischen Zeit, sondern auch die Frage „ob die Errungenschaften der damaligen Zeit ein Verdienst des Systems waren“ oder ob die Errungenschaften trotz des Systems erreicht wurden (Ziółkowski 2004: 62).

Zusätzliche Konflikte bringt das Aufkommen der Idealisierung der Erinnerung an die kommunistische Zeit. Die Ablösung der Plan- durch die Marktwirtschaft vergrößerte die Einkommensunterschiede in der Bevölkerung, stürzte einige soziale Gruppen absolut oder relativ zur Entwicklung der anderen in die Armut und schuf damit eine Gruppe, die ihre Existenz bedroht sah. Dies bewirkte eine Idealisierung der scheinbaren sozialen Sicherheit und des Wohlstandes, welche sich mit fortschreitender Zeit sogar stärker auf die Erinnerung mancher PolInnen auswirkt als kurz nach der Wende (Ruchniewicz 2003: 263). Ein Grund dafür kann in gegenwärtigen wirtschaftlichen Problemen mancher Polen liegen, die zu einer einseitig positiven Verzerrung der Vergangenheit führen, jedoch nicht überbewertet werden müssen:

„Diese ‚Volkspolen-Nostalgie‘ bedient sich später ‚korrigierter‘ und ‚geglätteter‘ Bilder der Vergangenheit als Maßstab für die Bewertung der Gegenwart. Sie stellt eine innerlich zerrissene Sehnsucht nach einer teils idealisierten Vergangenheit dar, aber keinesfalls ein Verlangen, in die reale Vergangenheit zurückzukehren.“ (Ziółkowski 2004: 63)

Die Kommunismus-Nostalgie kann nach Segert auch als Gegenreaktion zur „hegemonialen Deutung des Staates als bloßen Unrechtsstaat mit einer durchherrschten Gesellschaft“ gesehen werden“ (Segert 2011: 75).

Eine von der gesamten Gesellschaft angenommene Vergangenheitsbewertung gibt es demnach nicht. Hinzu kommen die negativen Auswirkungen auf die Meinung der Polen durch die Niederlagen in den meisten juristischen Verfahren zu den Repressionen in der Zeit der Volksrepublik, die nach den Aktenöffnungen geführt wurden (Ruchniewicz 2003: 263).

Von 1989 bis zur Jahrtausendwende spiegelten sich die Lager „postkommunistisch“ und „solidarisch“ im Wertefundament und Wahlverhalten der polnischen Gesellschaft. Wähler der postkommunistischen Gruppen ließen „sich weniger von aktuellen ökonomischen Interessen leiten [...] als vielmehr von alten Werten, Erfahrungen und Loyalitätssystemen“. Biographische Erfahrungen, die zur Ablehnung der individuellen Verantwortung für die Vergangenheit führen und der Wunsch nach Schutz vor strafrechtlichen Maßnahmen standen der Wertegemeinschaft „national-demokratisch-religiös“ und einer Ablehnung des Sozialismus und einer allgemeinen optimistischen Haltung einer demokratischen und kapitalistischen Zukunft gegenüber (Ziółkowski 2004: 64).

Nach 2000 verlieren die genannten Wertevorstellungen an Bedeutung. Diese Entwicklung kann eine Chance für eine Auflösung des Vererbungsgrades der „Wir-Sie“-Gegensätze und

somit der (kollektiven) Verantwortlichkeit in den nächsten beiden Generationen sein (ebd.: 56f.), denn Diskussionen über die kommunistische Vergangenheit werden „nicht automatisch durch gesellschaftlich ererbtes Unrecht oder die Privilegien“ Einzelner geführt (ebd.: 66).

Mit der fortschreitenden Zeit lässt Erinnerung an den Kommunismus in der breiten polnischen Bevölkerung nach. Die schwindende Relevanz wird durch eine Entpolitisierung der privaten Erinnerung, eine Konzentration auf private Erlebnisse, verstärkt. Diese wird nicht nur durch die fortschreitende Zeit und eine gewisse Übersättigung der immer gleichen Themen verstärkt. Auch durch vergangenes Mitwirken der Individuen oder das damalige Tolerieren der Verbrechen durch ein Nichteingreifen, verleiten in der Gegenwart zum Vergessen (ebd.: 63). Vor allem bei der gegenwärtigen Jugend schwindet das Interesse an solch einer Vergangenheitsfokussierung, anders als bei den Eliten, bei denen dies zunehmend an Bedeutung für ihre politische Positionierung gewinnt (Kraft 2006: 106).

2.3. Wissenschaftliche Einbettung

Auf wissenschaftlicher Ebene bilden die Einschätzungen des kommunistischen Systems der postsozialistischen Länder ein Spektrum, das von der Bewertung eines „totalitären Systems“ bis hin zu einer „Diktatur einer nachholenden Modernisierung“ reicht (Segert 2011: 57). Meine Literaturrecherche zeigt, dass der Großteil der verwendeten Theorien den polnischen Staatssozialismus undifferenziert als totalitäre Diktatur darstellt.

Laut Segert reicht aber ab der Zeit des „Spätsozialismus“ der Diktaturbegriff allein nicht mehr aus um die Erinnerungen an den Staatssozialismus zu verstehen. Nichtsdestotrotz wirkt die Zeit des Kommunismus für die Erinnerung vieler Menschen als „politische Diktatur“, die die Entwicklung dieser bremste und diese deshalb die Aufarbeitung der Geschichte als dermaßen notwendig erachten (ebd.: 58).

Die Forschung der Geistes- und Sozialdisziplinen in Polen beschränke sich laut Kraft nur auf die Wirkung des totalitären Systems, so die theoretische Einbettung, auf die Nation (Kraft 2006: 104). Der Fehler sei, dass die Sichtweise, „die Zeit der Volksrepublik nicht nur als Epoche repressiver Herrschaftsausübung, sondern auch als Untersuchungsfeld von Kommunikationsbeziehungen zwischen Herrschenden und Beherrschten zu verstehen“, zu wenig berücksichtigt wird (ebd.: 95). Zwar sucht die Wissenschaft die „objektive Wahrheit über unsere Vergangenheit“, allerdings versuchen diese nahezu zwanghaft auf positive Aspekte des nationalen Selbstbildes zu verweisen (ebd.: 100). Segert differenziert hierbei,

indem er den Staatssozialismus „mehr als ein reines Herrschaftsverhältnis“ sieht, sondern eine „spezifische soziale Ordnung, in der es Auf- und Abstiege gab“ (Segert 2011: 59). Knobelsdorf ergänzt diese Einschätzung damit, dass wenige, aber wichtige Gesellschaftsgruppen die Herrschaft des Staatssozialismus bis zu einem gewissen Zeitpunkt legitimierten und der Rest der Gesellschaft dies duldete:

„dass immer eine Situation vorlag, die auf dem Prinzip des Gesellschaftsvertrags zwischen den Herrschenden und bestimmten gesellschaftlichen Gruppen sowie auf der Passivität der übrigen Kreise der Gesellschaft beruhte, die mehr oder weniger unabsichtlich und unbewusst das politische System stabilisierte, ohne es dadurch gleich zu legitimieren.“ (Knobelsdorf 1991: 117)

3. Geschichtlicher Überblick

Die starken Unabhängigkeitsbestrebungen Polens haben ihren Ursprung in der Geschichte des Landes. Besonders prägten die Teilungen durch Preußen, Österreich-Ungarn und Russland im 18. Jahrhundert - 1772, 1773, 1795 bis 1918 - und die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges sowie seine Folgen das historische Bewusstsein.

Den Ersten Weltkrieg und die anschließende Neuordnung Europas nutzte Polen, um seine Staatlichkeit wiederherzustellen. Als 1918 die Zweite Republik ausgerufen wurde, konkurrierten Staatschef Marschall Józef Piłsudski und der Nationaldemokrat Roman Dmowski um die Auslegung der polnischen Staatsgrenzen (Alexander 1991: 23). Zudem hatten Beide unterschiedliche außenpolitische Ziele. Dmowski sah einen erfolgreichen polnischen Staat durch die Zusammenarbeit mit Russland gewährleistet. Piłsudski setzte sich zwar mit seiner Idee einer Föderation der östlichen Nachbarländer unter polnischer Dominanz ohne Einbeziehung Russlands durch, scheiterte jedoch bei der Umsetzung (Ziemer 2001: 57f.).

Schlussendlich wurde eine Kombination aus beiden territorialen Ansprüchen durch militärische Handlungen Polens umgesetzt, was aber eine Verfeindung mit den Nachbarländern zur Konsequenz hatte. Der Vormarsch in den Osten kostete die neue Republik fast eine katastrophale Niederlage, als die Rote Armee vor Warschau stand, die Piłsudski 1920 doch noch abwehren konnte. Für die Sowjetunion waren die daraufhin folgenden Verluste an Territorium an den neugegründeten polnischen Staat nicht endgültig, was die angespannte Beziehung zwischen den Ländern verstärkte (Alexander 1991: 24). So marschierte zu Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 nicht nur das Deutsche Reich, sondern auch die, vom Osten kommende, Rote Armee in Polen ein. Dementsprechend waren die polnischen Streitkräfte, trotz anfänglich erfolgreicher Zurückdrängung, ohne außenstehende Hilfe weit unterlegen, sodass der junge Staat zusammenbrach (ebd.: 27f.).

Ein weiterer Versuch die Freiheit des eigenen Landes zu erkämpfen, scheiterte beim Warschauer Aufstand 1944, bei dem die polnische Heimatarmee gegen die deutschen Truppen kämpfte. Die heranrückende Rote Armee übernahm, nach der Niederschlagung des Aufstandes durch die deutsche Armee, die Hauptstadt und schrittweise die restlichen polnischen Gebiete (Friszke 2009: 78). Diese Befreiung hatte zur Folge, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945, über die Interessen der polnischen Exilregierung hinweg, Polen unter sowjetische Kontrolle geriet (Heyde 2008: 111). Durch die Westverschiebung der

staatlichen Grenzen zu Lasten Deutschlands und zugunsten der Sowjetunion, die die Ostgebiete zugesprochen bekam, wurde Polen erstmalig zu einem ethnisch und religiös homogenen Land (Alexander 1991: 30).

Die Kommunistische Partei Polens wurde 1919 aufgelöst, da sie für den Anschluss an Sowjetrußland eintrat. Nach der Flucht vieler Parteimitglieder in die UdSSR und etlichen Hinrichtungen „im Zuge von stalinistischen Säuberungen“ löste sich die Partei 1938 auf, um nach dem Einmarsch der deutschen Armee in die Sowjetunion unter neuem Namen, Kommunistische Polnische Arbeiterpartei, PPR, 1942 wieder aktiv zu werden. So übernahm nach Kriegsende die PPR mit Unterstützung der Sowjets die Regierung (Friszke 2009: 80). In den ersten Nachkriegsjahren hatten die Kommunisten dank des Aufbaus der zugesprochenen Westgebiete, der Beseitigung der sozialen Missstände (vor allem in den ländlichen Gebieten) und dem ersehnten Frieden, wenn auch passive, Zustimmung (ebd.: 81f.). Die antikommunistische Opposition wurde mit Hilfe von „Terror und Zwang“ ausgeschaltet und die Wahl 1947 gefälscht. Somit kontrollierte die PPR, ab 1948 Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, PZPR, genannt, „die Regierung, den Sicherheitsapparat, die Zensur, die Propaganda, die Verwaltung – und gemeinsam mit sowjetischen Offizieren – die Armee“ (ebd.: 79).

Die Zeit des Stalinismus von 1948 bis 1956 war der Beginn der bipolaren Ordnung zwischen West und Ost und der Zugehörigkeit Polens zum kommunistischen Ostblock. Innenpolitisch war diese Periode vorerst von Terror gekennzeichnet, der sich vor allem gegen den Widerstand der Kirche und den antikommunistischen Untergrund richtete. Allerdings wurde im Vergleich zu anderen Satellitenstaaten der Sowjetunion Polen mehr Autonomie zugesprochen. So behielt die Kirche trotzdem ihre starke Stellung, die Landwirtschaft war nicht vollständig kollektiviert und die kulturellen Freiheiten waren relativ groß, sodass es in Polen immer wieder zu einer aktiven Gegenhaltung in Form von Aufständen kam (ebd.: 85).

Der Tod des sowjetischen Parteichefs Stalin 1953 leitete die Phase der Entstalinisierung ein, durch welche die sowjetische Unterstützung der polnischen Kommunisten nachließ. Die darauf folgende politische und wirtschaftliche Krise führte zu Arbeiterprotesten 1956, die zwar blutig niedergeschlagen wurden, aber schließlich einen Führungswechsel der PZPR herbeiführten.

In dieser Zeit wurde durch einen Teil der polnischen kommunistischen Führer eine geringere Abhängigkeit von der Sowjetunion angestrebt, ohne ihre Vormacht zu hinterfragen (Heyde 2008: 113f.). So handelte man mit Moskau bessere wirtschaftliche Abkommen sowie die „Entlassung polnischer Gefangener aus sowjetischen Arbeitslagern“ aus (ebd.: 117).

Unter Władysław Gomułka, dem Parteichef von 1956 bis 1970, wurden die kulturellen Freiheiten wieder eingeschränkt, die Medien stärker zensiert sowie das Vorgehen gegen die Kirche verschärft. Da die Privatsphäre der Bürger respektiert wurde und die PZPR die Kontrolle über das gesamte öffentliche Leben behielt, blieben die gesellschaftlichen Aufstände in dieser Zeit aus (Friszke 2009: 85f.).

Dies änderte sich zusehends mit der Nachkriegsgeneration, die nicht mehr im selben Ausmaß, wie die Generationen vor ihnen, von Angst vor Krieg und Deutschland geprägt war (ebd.: 89). Die Proteste der Studierenden für politische Rechte und Freiheit 1968 und die Aufstände der Arbeiter für bessere Lebensqualität in den 1970er Jahren wurden zwar niedergeschlagen, hatten aber letztendlich weitreichende Folgen für die Machtstellung der PZPR. Innerhalb der Partei kam die Debatte über einen „nationalen Kommunismus“ auf, der zu inneren Machtkämpfen führte (ebd.: 86f.).

Der Regierungswechsel unter Edward Gierek von 1971 bis 1980 änderte das System nicht grundlegend, versuchte aber u. A. durch Modernisierung Polen zu stabilisieren. So wurden mit Hilfe von West-Krediten die Lebensbedingungen erhöht, jedoch folgte dieser Entscheidung, durch die hohe Schuldenlast, eine erneute Systemkrise.

Die Repressionen der Partei gegen die Aufstände führten zur Gründung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter, KOR, aus der sich die Gewerkschaft Solidarność, unter der Leitung von Lech Wałęsa, entwickelte. Die Wahl des polnischen Papstes verhalf der polnischen Gesellschaft zu einem neuen und einenden Selbstbewusstsein (Friszke 2009: 87f.). So spitzte sich die Situation für die PZPR immer mehr zu. „Der sinkende Lebensstandard der Bevölkerung“, die öffentlichen und kulturellen Einschränkungen, das ideologische Diktat und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation führten zu Unruhen (Bingen 1991: 193).

Die darauffolgenden landesweiten Arbeiterstreiks in den 1980er Jahren gegen die erneuten Preiserhöhungen wurden von der arbeitenden und intellektuellen Schicht getragen und mündeten in der Unabhängigkeit der Gewerkschaften. Diese warben nicht nur viele Mitglieder der alten regierungsnahen Gewerkschaften ab, sondern forderten eine umfassendere Demokratisierung Polens und wurden somit zur ernsthaften Bedrohung für die

Kommunisten. Darauf reagierte die Staatsführung mit der Verhängung des Kriegsrechts 1981, verhaftete die Mitglieder der Opposition und verbot die unabhängigen Organisationen (Heyde 2008: 118ff.).

Die Führung unter Parteichef Wojciech Jaruzelski setzte sich innerhalb der PZPR gegen ideologische Differenzen mit einem politischen Alleingang durch, der sich unter anderem in einer Verständigungsbereitschaft mit der Gesellschaft, unter Ausschluss „der ambivalent fühlenden Teile der Intelligenz mit der Opposition“, auszeichnete. So suchte man auch den Dialog mit der Kirche und ließ Gewerkschaften, bei gleichzeitiger Beibehaltung des Verbotes der Solidarność, zu. Dennoch lehnte die Bevölkerung diese Angebote ab, zumal sich „(d)ie innenpolitische Liberalisierung [...] weitaus langsamer als die Verschärfung der sozioökonomischen Situation der Gesellschaft (vollzog)“ (Bingen 1991: 203ff.).

Da die PZPR auf Grund dieser Geschehnisse immer mehr an Legitimität einbüßte und auch die sowjetische Unterstützung infolge der Reformpolitik von Parteichef Michail Gorbatschow ab 1985 ausblieb, kam es zum Dialog mit der Opposition (Friszke 2009: 116ff.). Jaruzelski, der im Gegensatz zu einem Teil in der Partei, keinen Erfolg in einer „radikale(n) Wirtschaftsreform mit Marktmechanismen“ sah, musste sich mit Mühe gegen den Widerstand innerhalb der PZPR, die einen „gewerkschaftlichen und politischen Pluralismus“ ablehnte, und für die Realisierung des „Runden Tisches“ einsetzen. Schlussendlich fanden die Gespräche ab 1989 zwischen der Regierung, der Solidarność und der Kirche, die die Vermittlerfunktion einnahm, statt. (Bingen 1991: 206ff.). Die miserable wirtschaftliche Lage Polens nach dem Ende des Kriegsrechts 1983 und die notwendigen Reformen ließen bei der PZPR die, rückblickend nicht bestätigte, Befürchtung eines explosiven Charakters in der Gesellschaft aufkommen, was mit ein Grund für ihre Zugeständnisse am „Runden Tisch“ war (Paczkowski 2009: 137). Allerdings plante die Partei nicht ihre Kontrolle aufzugeben, sondern diese lediglich mit der gemäßigten Gruppe der Opposition zu teilen, sodass die Staatsmacht weiterhin Oberhand über die wichtigsten Entscheidungen haben würde (Chwalba 2010: 16ff.).

3.1. Die Entstehung der Dritten Republik und die Amtszeit von Lech Wałęsa (Partei)politischer Umgang mit dem Staatssozialismus

Mit den ersten Resultaten der Verhandlungen am „Runden Tisch“ 1989 begann ein umfassender Systemumbau. Unter anderem wurde wieder die Solidarność-Gewerkschaft

legalisiert und teilfreie Sejm- und Senatswahlen der beiden Parlamentskammern 1989 durchgeführt (nur 35% der Sejmsitze wurden zur freien Wahl gestellt, die restlichen besetzte die PZPR), bei denen das Bürgerkomitee der Solidarność überragend siegte (Paczkowski 2009: 129f.). Ohne die Unterstützung der UDSSR musste die PZPR die gesellschaftliche Delegitimierung des alten Systems und die allmähliche Machtübergabe an die nicht kommunistische Regierung anerkennen (Chwalba 2010: 20). Zwar war bis zur Präsidentschaftswahl 1990 der Kriegsrechtsverkünder Jaruzelski Staatspräsident, jedoch wurde das Innen- und Verteidigungsministerium schneller „entkommunisiert“⁷, als der liberale Ex-Solidarność-Führer Tadeusz Mazowiecki das Ministerpräsidentenamt übernahm (Bingen 1991: 211f.).

Die erste nicht kommunistische Regierungszeit 1989-1990 unter Mazowiecki war gekennzeichnet durch einen pragmatischen Umgang mit dem Erbe des Staatssozialismus, der nach Heyde auch „die friedliche Ablösung des Kommunismus“ sicherstellte (Heyde 2008: 121). Der gemäßigte Umgang mit den Kommunisten lag nicht nur an ihrer parlamentarischen Stärke, sondern auch in der persönlichen Einschätzung Mazowieckis, welcher in einer scharfen Abrechnung mit dem alten System die Gefahr einer gesellschaftlichen Destabilisierung befürchtete (Chwalba 2010: 22). Aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage, in der sich Polen während der Entstehung der Dritten Republik befand, entschied sich der als gemäßigt geltende Mazowiecki im Rahmen der Systemtransformation für radikale Reformen. Diese unbeliebte aber effektive „Schocktherapie“ des Finanzministers Balcerowicz hatte auf längere Sicht Erfolg, indem die hohe Inflation gedämmt und das Haushaltsdefizit gesenkt wurde. Kurzfristig aber fielen die Reallöhne mehr als erwartet, die Kaufkraft ging enorm zurück und die Arbeitslosigkeit wurde Teil der polnischen Wirklichkeit, was gesellschaftliche Proteste zur Folge hatte (Paczkowski 2009: 137).

Neben dem politischen und wirtschaftlichen Umbau sollte eine Abrechnung mit dem Staatssozialismus in Form von Mazowieckis „Schlussstrich“ stattfinden. Dieser sah vor, dass Personen vor einem Gesellschaftsausschluss, allein auf Grund ihrer ehemaligen Arbeit in der PZPR, zu bewahren seien (Ziemer 2009: 182). Dies interpretierten Kritiker bis heute als

„dicken Strich, d.h. (eine) Politik, die dezidiert der Vergangenheit den Rücken kehrt und sich ausschließlich der Zukunft zuwendet, die keinen Versuch unternimmt, die kommunistischen

⁷ Die Aufhebung gegenwärtiger öffentlicher Ämter früherer PZPR-Funktionäre, auch Dekommunisierung genannt.

Funktionäre und die informellen Mitarbeiter der Staatssicherheit vor Gericht zu stellen.“
(Chwalba 2010: 23)

Anfang 1990 fanden die, schlussendlich positiven, Verhandlungen über die deutsch-polnische Grenze mit dem wiedervereinigten Deutschland statt. Wahrscheinlich bemühte sich die Regierung deshalb zu diesem Zeitpunkt um den Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen, der Ende 1990 begann. Diese Zurückhaltung deuteten Kritiker als Beweis für Mazowieckis prokommunistische Haltung (Paczkowski 2009: 138f.).

Auch erntete die Regierung Kritik, weil der Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa, trotz seiner außerordentlichen Leistungen in der Solidarność, kein politisches Amt bekleidete. Dies führte zu vorgezogenen und direkten Präsidentschaftswahlen 1990, die Wałęsa für sich gewinnen konnte. Die erfolglose Kandidatur Mazowieckis für dasselbe Amt bedeutete die endgültige Teilung des mittlerweile zersplitterten Ex-Solidarność Lagers (ebd.: 142f.).

Die politisch vielfältig ausgerichteten Solidarność-Gruppierungen einte der Kampf gegen die Kommunisten und die nach der Wende entstandenen postkommunistischen Lager. Allerdings führten schon während der Gespräche am „Runden Tisch“ beginnende „politische und ideologische Differenzen“ zu innerparteilichen Streitereien und Machtkämpfen im Parlamentarischen Bürgerklub OKP (Chwalba 2010: 36). Der rechte Flügel der Solidarność setzte sich die Lustration und Dekommunisierung als höchstes Ziel. Die zögerliche Politik der liberalen Solidarność-Fraktion, die bis auf Olszewskis einjährige Amtszeit bis 1993 geführt wurde, ließ Befürchtungen der Rechten hochkommen, dass die Kommunisten wieder an die Macht gelangen würden (ebd.: 37). Die wirtschaftlichen Reformen von Balcerowicz wurden als Verrat an den Gewerkschaftsforderungen von 1980 gesehen (ebd.: 78). Auch wollten Wałęsa und die ihn unterstützenden Rechten einen beschleunigten Umbau, „zur Not mit außerparlamentarischen Mitteln“ (Bingen 1991: 212). Dem zerrissenen Lager blieben eine Spaltung, neue Parteigründungen und die schlussendliche Wahlniederlage 1993, auch, weil sich die Ex-Solidarność „mehr untereinander als mit den Postkommunisten auseinandersetzte“, nicht erspart (Chwalba 2010: 40).

Die PZPR, die sich Anfang 1990 auflöste, schloss sich, um „eine Gewähr gegen Lustration und Entkommunisierung und nicht zuletzt gegen die Marginalisierung zu bieten“ in der Gewerkschaft Sozialdemokratie der Republik Polens, SdRP, zusammen und unterstützte diese

finanziell und personell mit der alten Nomenklatura⁸. Es bildete sich in Polen zwar keine neue kommunistische Partei, jedoch verfestigte dieser weiche Übergang die alten Verhältnisse, indem aus der SdRP letztendlich eine politische Partei, die SLD, wurde (ebd.: 42f.). Dass diese 1993 die Wahl für sich entscheiden konnte und mit der Bauernpartei, PSL, eine Koalition einging, lag nicht nur an der Schwäche der Ex-Solidarność sondern auch an den, von der PZPR weitergegeben, strukturellen Vorteilen und der gesellschaftlichen Volkspolen-Nostalgie. Diese Umstände ließen bei den Antikommunisten intensive Befürchtungen vor einer erneuten staatssozialistischen Herrschaft hochkommen (ebd.: 43f.). Die (Post)Kommunisten akzeptierten jedoch nicht nur das neue System, sondern nutzten den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, indem begonnen wurde „auf Basis der Staatsunternehmen private Wirtschaftsgesellschaften zu gründen“ und die Vorsitze mit der alten Nomenklatura zu besetzen (ebd.: 72).

In den innenpolitischen Überlegungen zum NATO-Beitritt dominierte, trotz der ablehnenden Haltung der SLD, eine positive Einstellung. Wałęsas Vorschlag einer NATO Zwei, nur für ostmitteleuropäische Länder, wurde nicht bejaht, jedoch der Gedanke in der Osterweiterung der NATO eine Möglichkeit der Wiedergutmachung für die Länder „die so viel unter dem Kommunismus gelitten hätten“ zu sehen (ebd.: 179f.).

Bei den Präsidentschaftswahlen 1995 gelang Wałęsa in die Stichwahl, indem er auf die Kritik des kommunistischen Systems zurückgriff (Ziemer 2009: 162). Jedoch schwand seine anfängliche gesellschaftliche und oppositionelle Unterstützung immer mehr, sodass Wałęsa im zweiten Wahlgang gegen den postkommunistischen Sozialdemokraten Aleksander Kwaśniewski verlor (Ruchniewicz 2009: 124f.).

Die Kirche, die zusammen mit der Solidarność eine große Rolle bei der friedlichen Wende spielte, engagierte sich stark im politischen Wahlkampf, was ihr Kritik einbrachte. So unterstützte sie letzten Endes vergeblich Wałęsa und verlor auch selbst die Zustimmung der Bevölkerung. In einer Demokratie und im Gegensatz zur Zeit der Volksrepublik sollte die kirchliche Stellung fern der Politik liegen (Chwalba 2010: 163f.).

⁸Jene Personen, die von der PZPR-Führung mit bestimmten Staatsposten betraut wurden.

Institutioneller und rechtlicher Umgang mit dem Staatssozialismus

Da die neue Ordnung der Dritten Republik rechtlich verankert werden musste, war eine neue Verfassung notwendig. Aufgrund des zeitintensiven Unterfangens geschahen die Adaptierungen in Etappen (ebd.: 26f.). Die Verfassungsnovellierungen von 1989 veränderten grundlegende Inhalte der sozialistischen Verfassung von 1952. Aus der Volksrepublik wurde die Republik Polen. Demokratisch und rechtsstaatlich ging nun die höchste Gewalt nicht mehr von der PZPR, sondern von den vom Volk gewählten Staatsorganen, Sejm, Senat und Staatspräsidenten aus. Gestrichen wurde die Allianz mit der UdSSR und die „Gleichberechtigung aller Eigentumsformen“ wurde hinzugefügt (ebd.: 25). Das wiedergeschaffene Amt des Präsidenten wurde mit umfangreichen Befugnissen versehen, mit welchem die Kommunisten „das Machtzentrum aus dem Politbüro in die Präsidialkanzlei (verlegen)“ wollten. So verfügte der Präsident unter anderem über das Vetorecht, die Möglichkeit das Parlament aufzulösen sowie „den Kriegs- oder den Ausnahmezustand zu verkünden“. Auch lag die Verantwortung für „innere und äußere Sicherheit des Staates“ bei ihm. Diese Entscheidung sicherte angesichts des Wahlergebnisses 1989 allerdings nicht die Macht der ehemaligen PZPR sondern die der Solidarność-Fraktion (Paczkowski 2009: 131).

1992 präziserte die „Kleine Verfassung“ die Kompetenzen zwischen der Regierung, dem Parlament und dem Staatspräsidenten, zuungunsten des Letzteren. Die nicht eindeutigen Abgrenzungen und die sich daraus ergebenden Widersprüche nutzte Wałęsa um ein starkes Präsidentenamt durchzusetzen. Diese erfolglosen Versuche hatten Kritik in Form von Missbrauchsbedürfnissen politisch Rechter zur Folge (Chwalba 2010: 27).

Den ersten Versuch einer justiziellen Abrechnung mit dem Staatssozialismus unternahm die Sejmkommission für Verfassungsrechtliche Verantwortung 1991. Es wurde ein Verfahren gegen den damaligen PZPR-Vorsitzenden Jaruzelski und 25 weitere Verantwortliche für die Verhängung des Kriegsrechts 1981 eingeleitet, welches in der Regierungszeit Wałęsas zu keinem Abschluss kam (Zagańczyk-Neufeld 2014: 166).

In der Regierungszeit von Ministerpräsident Jan Olszewski wurde 1992 ein Lustrationsversuch, mit dem Ziel, dass „insbesondere vormaligen Angehörigen des PZPR-Apparates der Zugang zu öffentlichen Ämtern versperrt werden sollte“, eingeleitet. Grundlage dafür war die vom Sejm veröffentlichte Macierewicz-Liste mit den Namen der inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit aus der Zeit der Volksrepublik, die nun hohe politische Ämter

der Dritten Republik bekleideten. Da sich die liberale Fraktion gegen die Art der Lustration und Entkommunisierung sträubte, ließ diese Reaktion bei der rechten Opposition den Verdacht aufkeimen, dass unter den Abrechnungsgegnern Mitarbeiter der damaligen Staatssicherheit waren, auch wenn nicht bekannt war, wer tatsächlich für die Staatssicherheit gearbeitet hatte und wer nur dafür vorgesehen war (Chwalba 2010: 39f.). Daraufhin stürzte Wałęsa, dessen Name sich auf der Liste befand, zusammen mit der Opposition die Regierung. Das Verfassungsgericht erklärte den Sejmbeschluss als verfassungswidrig und beschloss ein neues Gesetz, welches von der Durchleuchtung betroffenen Personen eine gerichtliche Kontrolle garantierte (Grajewski 2007: 2).

Bei der Strafverfolgungsbehörde erfolgte die Ersetzung der Bürgermiliz durch die Polizei und des Sicherheitsdienstes durch das Amt für Staatsschutz sowie die Abschaffung der Zensur. Personell wurde die Lustration jedoch nicht gründlich durchgeführt, da Mitglieder des Sicherheitsdienstes nach der Wende zwar überprüft, aber nur jene entlassen wurden, die besonders negativ in den 1980er Jahren auffielen. So konnten sich die ehemaligen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes ihrer gewohnten Rechte bedienen und Akten mit heiklem Inhalt über die PZPR und den Staatssicherheitsdienst verschwinden lassen, sodass keine Beweise für eine mögliche Strafverfolgung herangezogen werden konnten. Folglich wurden die restlichen Mitarbeiter, die in der Zeit der Volksrepublik hohe Funktionen beim Sicherheitsdienst bekleideten, immer wieder verdächtigt in Affären verwickelt zu sein und als ein Instrument der Staatspräsidenten, vor allem Wałęsas zu gelten (Chwalba 2010: 68).

Symbolischer Umgang mit dem Staatssozialismus

Als am 22.12.1990 Wałęsa zum Staatspräsidenten vereidigt wurde, übernahm er sein Amt nicht von Jaruzelski, sondern von dem angereisten Präsidenten der Londoner Exilregierung. Die Dritte Republik setzte somit nicht an Volkspolen, sondern an die Zweite Republik an. Unterstrichen wurde dies mit der Überreichung der Wahrzeichen der damaligen polnischen Souveränität, der alten Staatsflagge, sowie der Verfassung von 1935 und dem Staatssiegel (Knobelsdorf 1991: 119).

Eine klare symbolische Abgrenzung von der Volksrepublik zeigte sich auch gesamtpolitisch. Der Adler auf dem Staatswappen wurde wieder mit der Krone versehen, man schaffte die Feiertage der Volksrepublik ab und zelebrierte wieder jene aus der Zweiten Republik sowie

neue, die in der Dritten Republik entstanden waren. Die kommunistischen Straßennamen wurden aus der Öffentlichkeit verbannt, sowie der Großteil der Denkmäler – allerdings nicht alle. Viele Polen wollten die Erinnerung an die kommunistische Vergangenheit aufrecht erhalten, weil diese Teil der polnischen Geschichte war (Chwalba 2010: 25f.).

Uneinigkeit bezüglich der Abgrenzungsintensität zeigte sich jedoch beim Tag des Sieges 1995, dem von der Sowjetunion eingeführten Feiertag über den Sieg des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg. Die Teilnahme des Ministerpräsidenten Józef Oleksy an der Feier in Moskau entfachte zwischen Wałęsa sowie dem rechten Lager und Oleksy sowie der SLD intensive Auseinandersetzungen (ebd.: 170).

Polens Außenpolitik und das Verhältnis zu Russland nach dem Staatssozialismus

Nach der Auflösung der UDSSR und des Warschauer Paktes 1991 schlossen der russische Präsident Boris Jelzin und Wałęsa einen Vertrag über „freundschaftliche und gutnachbarliche Zusammenarbeit“ ab. Beide einigten sich beim sowjetischen Truppenabzug aus Polen darauf, dass keine Forderungen gestellt werden würden (ebd.: 170).

Das sowjetische Eingeständnis 1990 der Verantwortung für den Massenmord von Katyń und Jelzins Entschuldigung 1993 entspannte das polnisch-russische Verhältnis, auch wenn sich Polen bezüglich des Massakers mehr Zugeständnisse seitens Russlands wünschte (ebd.: 168f.). Dennoch blieben das polnische Misstrauen sowie die Aversion „gegen alles Russische“ aufrecht, was die heiklen Beziehungen zwischen den Beiden verkomplizierte (ebd.: 170). Die Hoffnung, dass Russland Polen „als gleichwertigen Partner anerkennen und die polnischen Interessen berücksichtigen würde“ blieb unerfüllt (Cichocki/Konończuk 2009: 629).

Polens Verankerungsbemühungen im demokratischen Westen drückten nicht nur die eigenen Ziele aus, sondern beurteilten aus dieser Perspektive die russische Politik (Garsztecki 2001: 40). So wurde nicht nur eine demokratische und europäische Orientierung als die empfehlenswertere Regierungsform für Russland gesehen, sondern mit der Unterstützung von Demokratisierungsprozessen gleichzeitig versucht eine mögliche erneute Hegemonie Russlands zu unterbinden. In diesem Kontext baute Polen freundschaftliche Beziehungen zu den angrenzenden Sowjetrepubliken auf und unterstützte deren Souveränitätsbestrebungen (ebd.: 42). Gleichzeitig sollte eine neue Beziehung zu Deutschland die Eigenständigkeit

Polens garantieren, sodass 1991 ein deutsch-polnischer Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrag beschlossen wurde (Ziemer 2001: 59).

Das polnische Bestreben sich von Russland abzugrenzen und der Wunsch nach Sicherheit zeigte sich des Weiteren im Vorhaben NATO-Mitglied zu werden (Garsztecki 2001: 39). In diesem Kontext bedeutete die Solidarność-Parole „Endlich sind wir in unserem eigenen Heim“ sich nicht nur als souveräner und unabhängiger Staat auf der Landkarte Europas zu positionieren, sondern diese Stellung auch nachhaltig zu bewahren (Chwalba 2010: 168). Der Beitrittswunsch wurde in den 1990er Jahren angesichts der noch ungefestigten Lage Polens, aber auch wegen der russischen Einwände und Drohungen gegen den Anschluss an das feindliche Bündnis, nur langsam Realität (ebd.: 179f.).

Einen weiteren Garant für die geopolitische Sicherheit Polens sollte die Mitgliedschaft bei der Europäischen Union darstellen. Auch wenn die ersten Schritte zum EU-Beitritt Polens von einer ablehnenden Haltung der Mitgliedsländer, auf Grund der vom Staatssozialismus geprägten wirtschaftlichen und sozialen Lage Polens, gekennzeichnet waren, blieben die Beitrittsgespräche aufrecht (Chwalba 2010: 183ff.).

Gesellschaftliche Rezeption

Die aufgebrachte Energie für den symbolischen Abbau des Staatssozialismus wurde von der polnischen Bevölkerung akzeptiert und gleichzeitig in Anbetracht des schwierigen und schmerzhaften Transformationsprozesses kritisiert (ebd.: 26). Die anfängliche Hoffnung eines schnellen Systemwechsels, der für alle eine Verbesserung der Lebensrealität bedeuten würde, schwand angesichts der harten wirtschaftlichen Reformen und der politischen Realität. Begleitet wurden diese Entwicklungen von Ängsten den Herausforderungen nicht gewachsen zu sein (ebd.: 146), da viele nicht nur ihre Arbeitsstelle sondern auch ihre „früheren Privilegien verloren hatten“ (ebd.: 43). Auch die scheinbar neue Sorge vor Kriminalität färbte die Erinnerung an die Zeit der Volkrepublik positiver. Die subjektive Gefahr wurde jedoch nicht durch Kriminalstatistiken bestärkt, sondern durch das offene Thematisieren, das im Gegensatz zur zensierten Volksrepublikzeit stand (ebd.: 148f.).

Die gesellschaftliche Haltung gegenüber dem Staat war durch Misstrauen und Abhängigkeit geprägt, sodass die neue demokratische Republik ein schweres Erbe übernahm. Ein vertrauensvoller und innerlich freier Umgang mit den staatlichen Institutionen überstieg die

Fähigkeiten mancher Polen, sodass die unerfüllten Erwartungen an den Staat, welcher „für Ordnung, Auskommen, Gerechtigkeit, Arbeit und ein gutes Einkommen Sorge(n)“ würde, zu Enttäuschungen und Problemen, sich mit diesem zu identifizieren, führte (ebd.: 49f.).

Das „politische Niveau“ der Bevölkerung, welches von der PZPR niedrig gehalten wurde (ebd.: 31), stieg mit der offenen, medialen Auseinandersetzung der „politischen Affären und Rechtsbrüche“ (ebd.: 58). Die Bürger begannen nun moralische Erwartungen an die politischen Vertreter zu stellen und nicht mehr hinzunehmen, „dass die Herrschenden ohnehin nach eigenen Regeln handelten“ (ebd.: 52). Diese Entwicklung führte zum Vertrauensverlust und einer Entfremdung der Gesellschaft, welche sich in niedrigen Wahlbeteiligungen und dem Abebben der sozialen Partizipation widerspiegelte (Krzemiński 2009: 351).

3.2. Die Amtszeit von Aleksander Kwaśniewski

(Partei)politischer Umgang mit dem Staatssozialismus

Dank des „sanften“ Übergangs der Kommunisten in die Dritte Republik war es für Aleksander Kwaśniewski möglich das Präsidentschaftsamt ab 1995 zu bekleiden (Ziemer 2009: 182). Der Vorsitzende der SdRP, ehemaliger Jugendminister in den 1980er Jahren und Unterstützer der PZPR bei den Gesprächen am „Runden Tisch“, legte in diesem Zug seine Mitgliedschaft nieder, um ein „Präsident aller Polen“ zu werden (ebd.: 151f.). Unter anderem sicherte ihm diese Einstellung eine weitere Amtsperiode ab 2000 (ebd.: 162).

Während der Koalitionsregierung der Postkommunisten mit der PSL stellten sich Verhältnisse ein, die an alte Zeiten der Volksrepublik erinnerten. Die Zentralisierung und Verstaatlichung der Wirtschaft wurde gefördert, sodass diese in vielen Bereichen der staatlichen und parteilichen Kontrolle unterlag (Chwalba 2010: 64). Auch regulierten der Sejm und die Regierung die Finanzierungen der territorialen Selbstverwaltung, nachdem die Gemeinden viele ihrer Kompetenzen an die „Zentrale“ übergeben mussten (ebd.: 59). Diese Umstände nutzten die Postkommunisten, um den eigenen Parteimitgliedern und parteinahen Personen wirtschaftliche und politische Privilegien anzubieten. Da dies auf Kosten des Staatseigentums und der polnischen Bevölkerung geschah, beehrte diese auf. Als zu guter Letzt Ministerpräsident Oleksy, unter anderem wegen Spionagevorwürfen beim sowjetischen Geheimdienst 1996 von seinem Amt zurücktrat, verlor die Regierung endgültig die gesellschaftliche Zustimmung und damit die Parlamentswahlen 1997 (ebd.: 44).

Ab da regierten die Post-Solidarność-Fraktion, organisiert in der 1996 gegründeten Wahlaktion Solidarność, AWS, und die Freiheitsunion, UP. Jedoch zerstörten die „personellen und ideologischen Auseinandersetzungen und Bestechungsaffären“ den Solidarność-Mythos einer selbstlosen Politik, was eine Auflösung der AWS zur Folge hatte. Aus dieser entstanden die liberale Bürgerplattform, PO, und die nationalkonservative Recht und Gerechtigkeit Partei, PiS, welche sich nicht mehr direkt auf das Solidarność-Erbe stützten (ebd.: 41).

Als 2001 das Bündnis der Demokratischen Linken, SLD (die Neubildung der Postkommunisten nach der SdRP-Auflösung 1999), erneut eine Koalition mit der PSL stellte, setzte diese ihren eigennützigen Regierungsstil fort. Durch „Vetternwirtschaft und Klientelismus“ wurde versucht die Loyalität der zahlreichen Mitglieder und somit die eigene Herrschaft zu erhalten (ebd.: 44). Die abermalige Maßlosigkeit führte 2005, auch nach der Aussonderung besonders belasteter SLD-Politiker in der neugegründeten Partei der Polnischen Sozialdemokratie, SdPI, zur Wahlniederlage. Trotzdem bedeutete dies nicht den Niedergang der postkommunistischen Parteien in Polen (ebd.: 45).

Die ab 1998 stattfindenden Verhandlungen mit der EU lösten innenpolitische Debatten über den Beitritt und dessen Bedingungen aus. Befürworter sahen darin „die endgültige Überwindung der Teilung Europas“ sowie die Möglichkeit „sich kulturell und technisch schneller weiterzuentwickeln und ein stärkeres Gefühl der Sicherheit“ zu erlangen (ebd.: 188ff.). Skeptiker befürchteten jedoch einen wirtschaftlichen Nachteil, wenn Polen Teil der „sozialistischen“ EU werden würde. Schlussendlich stimmte die polnische Bevölkerung beim Referendum 2003 dem Beitritt zu, sodass Polen 2004 vollwertiges EU-Mitglied wurde. Die SLD Regierung stellte diese Entwicklung als ihren Erfolg dar, was zu Kritik seitens der Opposition sowie den EU-Gegner führte (ebd.: 190f.).

Institutioneller und rechtlicher Umgang mit dem Staatssozialismus

Der Verabschiedung der neuen Verfassung von 1997 ging eine konfliktreiche Verhandlungszeit über die Kompetenzverteilung voraus, die zu einer niedrigen Wahlbeteiligung beim obligatorischen Referendum führte (ebd.: 28). Die anfänglich umstrittene Verfassung wurde aber schlussendlich akzeptiert und garantierte das parlamentarisch-präsidentiale System Polens mit einer starken Regierung (Ziemer 2009: 147ff.).

Nach dem letzten gescheiterten Lustrationsversuch sah ein neues Gesetz 1997 vor, dass öffentliche Amtspersonen selbstständig Erklärungen über ihre Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten der Volksrepublik abgeben mussten. Ein Gericht entschied im Zweifelsfall über die Erklärungsglaubwürdigkeit und schloss Personen, die diese verheimlichten oder Falschauskünfte tätigten, für Jahre aus dem öffentlichen Dienst aus. Jedoch führten viele Lustrationserklärungen zum Freispruch, da vor dem Systemwechsel viele relevante Akten vernichtet wurden. So konnte bei den Erklärungen nicht bewiesen werden, ob es sich lediglich um eine Zusage zur Zusammenarbeit oder tatsächliche geheime Mitarbeit handelte (Grajewski 2007: 2f.).

Auch bei dem Verfahren 1996 gegen die Verantwortlichen des Kriegsrechts fehlte es an genügend Material, um Jaruzelskis Verhängungsrechtfertigung, nämlich die Verhinderung eines sowjetischen Einmarsches, auf den Wahrheitsinhalt zu überprüfen. Folglich wurde der Prozess, der auf Grund fehlender unabhängiger Justiztätigkeit zu einem politischen Akt verkam, eingestellt (Zagańczyk-Neufeld 2014: 166f.).

Das 1998 gegründete Institut für Nationales Gedenken, IPN, zuständig für die „Verfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation“ und die „Archivierung und Verwaltung von Dokumenten“ des Zweiten Weltkrieges und der Zeit der Volksrepublik, stellte „die wissenschaftliche und juristische Tätigkeit auf eine neue Grundlage“ (Grzeszczak 2009: 197f.). Infolgedessen wurde ein Gesetz verabschiedet, welches Personen, die als „geschädigt“ galten, Zugang zu den Akten gewährte (Grajewski 2007: 3).

Des Weiteren rollte das Institut 2004 das Verfahren gegen Jaruzelski wieder auf. Da es auch zu diesem Zeitpunkt zu keiner Einigung über die Interpretation des Kriegsrechts kam, wurde das Verfahren erneut eingestellt (Zagańczyk-Neufeld 2014: 167).

Auch 2005 war von dem Wunsch nach einer erfolgreichen Lustration gekennzeichnet. Die Wildstein-Liste, welche die Namen von informellen Mitarbeitern der Staatssicherheit und des Geheimdienstes 1944-1989 beinhaltet, wurde von dem namensgebenden Redakteur veröffentlicht und löste eine Zeit des verstärkten gegenseitigen Misstrauens in der Gesellschaft aus (Chwalba 2010: 40).

Symbolischer Umgang mit dem Staatssozialismus

Den 15. Jahrestag des „Runden Tisches“ 2004 dominierten einseitige und konträre Interpretationen. Die SLD und der Staatspräsident Kwaśniewski zelebrierten diesen Tag als „Zeugnis politischer Reife und positiver Arbeit für das Wohl der Allgemeinheit“ und verzichteten auf eine differenzierte Darstellung. Die Post-Solidarność Gruppierungen und insbesondere das rechte Lager wiederum ließen an dem „Mythos des friedlichen Neuanfangs“ keinen positiven Aspekt gelten. Nach ihrer Auffassung gaben die liberalen Antikommunisten bei den Verhandlungen am „Runden Tisch“ zu schnell nach, um im Endergebnis nicht nur weiterhin das System zu unterstützen, sondern auch Teil dessen zu werden (ebd.: 19).

Zur Würdigung des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstands 2004 wurde ein Museum (des Warschauer Aufstands) eröffnet, welches detailliert die Geschehnisse wiedergab, jedoch einer umfassenden Selbstreflektion - vor allem der Frage nach dem Sinn des Aufstandes - nicht gerecht wurde (Vetter 2010: 6).

Das in diesem Kontext propagierte Märtyrer-Opfer-Heldenbild des Stadtpräsidenten Warschaus, Lech Kaczyński, welcher Mitinitiator des Museums war, stand konträr zur russischen Geschichtsauslegung (Ruchniewicz 2007: 7). Russland blieb auch an dem 60. Jubiläum der Meinung, dass die fehlende Hilfestellung der Roten Armee beim Warschauer Aufstand keiner Entschuldigung bedürfe (Chwalba 2010: 169).

Polens Außenpolitik und das Verhältnis zu Russland nach dem Staatssozialismus

Bevor Polen Teil des NATO-Bündnisses werden konnte, mussten Russlands Befürchtungen einer atomaren Bedrohung in einer Sondervereinbarung von der NATO zerstreut und die Sorge der Amerikaner vor der Gefährdung der guten Beziehungen mit Russland überwunden werden. Den Beitritt 1999 empfand Polen als „Akt historischer Gerechtigkeit“ und erwartete von diesem vor allem „Stabilität und Sicherheit“ (ebd.: 180f.). Da die NATO-Politik jedoch mehr als ein „reines Verteidigungsbündnis“ war, nutzte Polen dies um die diplomatischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn und vor allem zu Russland auszubauen. Gleichzeitig wurde jedoch die Meinung vertreten, dass nur die USA die Sicherheit Polens garantieren könnten. Aus diesem Grund unterstützte Polen ein starkes Amerika in der NATO, vertiefte die Beziehungen zu den USA und zeigte sich loyal, indem sich Polen am Irak-Krieg 2003 beteiligte (Malinowski 2009: 616f.).

Der unterschiedliche außenpolitische Kurs zeigte sich auch in Kwaśniewskis Vermittlerrolle bei der Orangenen Revolution in der Ukraine 2004. Da dieses Engagement mit Russlands Einflüssen in dem Nachbarland konkurrierte, vertiefte sich das polnisch-russische Misstrauen weiter (Cichocki/Konończuk 2009: 632).

Auch Polens Beitrittsverhandlungen mit der EU verstärkten die Rivalität zwischen beiden Ländern. Diese lösten russische Sorgen vor wirtschaftlicher Benachteiligung und offenes Missfallen über die neue Stellung Polens aus, welches sich in der Strategie, die Union als Erstansprechpartner wahrzunehmen, zeigte (ebd.: 631f.).

Neben dem geschichtsbedingten Misstrauen schwang in Polen stets die Sorge vor der wirtschaftlichen Abhängigkeit, die vor allem die russische Energie betraf, mit. Russland schürte diese mit Erdgaslieferbeschränkungen 2004 zusehends, was das Verhältnis zu Polen ebenso erschwerte (Chwalba 2010: 170f.).

Eine ähnliche Auswirkung auf die Beziehungen hatte die Beilegung der Katyń Untersuchungen 2005 seitens Russlands. Dies geschah ohne vollständige Aufklärung, was zwecklose Kritik Polens nach sich zog (Cichocki/Konończuk 2009: 630).

Gesellschaftliche Rezeption

Auch nach der ersten Transformationsphase beherrschten die Gesellschaft Ängste vor Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität sowie die Furcht vor einem erneuten Erstarren Russlands, vor welchem weder der „schwache, wenig effiziente polnische Staat“ noch die NATO schützen könnten.

Der näher rückende EU-Beitritt ließ ebenfalls Sorgen hochkommen. Die Vereinigung der westlichen und polnischen Kultur schien für manche unvorstellbar. Diese befürchteten, eine Integration Polens würde deshalb zum Identitätsverlust führen, da sie in der EU eine „westliche Version des alles verschlingenden Sowjetimperialismus“ sahen (Chwalba 2010: 146f.). Trotz des Preisanstieges nach dem EU-Beitritt wurden die kritischen Stimmen leiser und die Zufriedenheit dank des gestiegenen Ansehens, der Reisefreiheit und den Subventionen, von denen vor allem die vormals kritischen Bauern profitierten, höher (ebd.: 193).

Dennoch blieb die pessimistische Einstellung Teil der polnischen Gesellschaft, die sich auch bei der Beurteilung des politischen Systems sichtbar machte. Die, nach der Wende hohe Befürwortung der Demokratie, nahm mit der Zeit ab. Obwohl die demokratischen Instrumente

funktionierten, fanden fast 40% der polnischen Bevölkerung, dass es für sie keinen Unterschied mache, ob Demokratie herrschte oder nicht (ebd.: 57). Der Vertrauensverlust zeigte sich weiterhin in dem verankerten Dualismus des einfachen Volkes und den „Gruppen an der Macht“, die „alles stehlen und manipulieren“ (ebd.: 50).

3.3. Die Amtszeit von Lech Kaczyński

(Partei)politischer Umgang mit dem Staatssozialismus

Die Präsidentschaftswahl 2005, wurde von Ex-Solidarność Kandidaten der PiS und der PO dominiert, welche der nationalkonservative Lech Kaczyński durch die Thematisierung einer allumfassenden Kritik der Transformation und ihrer negativen sozialen Konsequenzen gewann (Ziemer 2009: 179f.). Kaczyński sah sich, trotz seines Rücktritts aus der PiS, nicht als Staatspräsident, der über allen Parteien stand, sondern unterstützte die politische Linie seines ehemaligen Lagers (ebd.: 151).

Die PiS, die ab 2005 eine Koalitionsregierung stellte, führte der Zwillingbruder Lechs, Jarosław Kaczyński an. Dieser sah sich berufen, die Bestimmungen des „Runden Tisches“ zu korrigieren und eine Vierte Republik auszurufen. Diese sollte auf einer zentralisierten Staatmacht und einem starken Staatspräsidentenamt beruhen und „die unzureichenden Säuberungen des Landes von strukturellen und personellen Hinterlassenschaften des kommunistischen Systems im Inneren sowie die mangende Durchsetzung nationaler Interessen in der Außenpolitik“ garantieren. Zudem wurde das Augenmerk auf eine aktive, traditionelle Geschichtspolitik gelenkt, die die nationale Gemeinschaft stärken und die Größe der Vergangenheit Polens nach außen tragen sollte (ebd.: 180f.). Der „Stolz auf die eigene Geschichte und die Liebe zum Vaterland“ standen laut PiS im Gegensatz zur „Geschichtslosigkeit“ der Dritten Republik, die man „gegen Verunglimpfungen zu verteidigen habe“ (Garsztecki 2010: 4). Diese Vorhaben, die auf Kosten des Pluralismus, der Gewaltenteilung und des Verfassungsrechts gingen, wurden von einer katholisch geprägten Ideologie gestützt. Die instabile Koalition führte durch sich steigernde skandalträchtige Krisen zur Selbstauflösung und zu vorgezogenen Neuwahlen, sodass die radikalen Änderungsvorhaben kaum durchgesetzt wurden (Ziemer 2009: 181ff.).

Da die postkommunistische Fraktion gespalten war, spielte sie innenpolitisch kaum eine Rolle. Somit kamen die antikommunistischen Wurzeln der PiS und die postkommunistischen

Ursprünge der SLD bei jüngeren politischen Vertretern beider Parteien immer weniger zu tragen, sodass erstmals auch miteinander Politik geplant wurde (Vetter 2009: 8).

Dementsprechend spielte sich der Kampf um die politische Ausrichtung Polens erneut zwischen den Ex-Solidarność Konkurrenten, PiS und PO, ab. Letztere gewann die Parlamentswahl auf Grund von sensationsarmer Seriosität (Ziemer 2009: 185f.) und ging ab 2007 mit der PSL in Koalition. Diese knüpfte wieder an die Richtlinien der Dritten Republik an und begrub die Idee einer neuen Republik im Sinne der PiS (Chwalba 2010: 200). Auch wenn die globale Wirtschaftskrise überraschend gut gemeistert wurde, war die pragmatische Regierungsart der PO nicht vor Korruptions- und Lobbying-Skandalen gefeit. Zudem zeichnete sich die Regierungszeit durch einen stockenden Reformwillen aus, auf welchen Staatspräsident Kaczyński, mit der häufigen Nutzung des Vetorechts, erheblichen Einfluss nahm (Vetter 2009: 3).

Am 10.04.2010 verunglückten Lech Kaczyński und 87 weitere Personen, die wichtige Staatspositionen bekleideten, bei einem Flugzugabsturz in Smolensk tödlich, als diese der 70. Gedenkfeier zum Massaker von Katyń in Russland beiwohnen wollten (Ćwiek-Karpowicz 2012: 2).

Institutioneller und rechtlicher Umgang mit dem Staatssozialismus

Die von der PiS gewünschte neue Verfassung mit einem starken Staatspräsidenten oder stärkeren Ministerpräsidenten, welche die Vierte Republik rechtlich verankern sollte, wurde nicht durchgesetzt (Chwalba 2010: 29).

Bei der justiziellen Abrechnung mit dem Staatssozialismus versuchte die Regierung Mazowieckis „dicken Strich“ rückgängig zu machen. Das Lustrationsgesetz 2005 sah vor, dass nun jeder Person Zugang zu den Geheimakten des Staatssicherheitsdienstes gewährt wurde. Dies hatte zur Folge, dass ehemalige Sicherheitsdienstmitarbeiter, mit dem Wissen des eigenen Akteninhaltes, einer strafbaren Falschaussage entgehen konnten. Um dies zu verhindern, sollte ein neuer Gesetzesentwurf 2006 die verpflichtende Meldung über die Art der Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst auch auf Personen der Selbstverwaltungsorgane, Journalisten und Hochschullehrer ausweiten und diese vom IPN

veröffentlicht werden. 2007 wurde diese Gesetzesform jedoch als verfassungswidrig erklärt (Grajewski 2007: 3).

Einen erneuten Fehlschlag musste das IPN beim Gerichtsverfahren gegen Jaruzelski 2008 hinnehmen. Der Prozess wurde auf Grund der schlechten Gesundheit des Angeklagten eingestellt und erreichte keine weiteren Verurteilungen (Zagańczyk-Neufeld 2014: 167).

Erfolg hatte jedoch die Kirchenillustration, die sich trotz anfänglicher Zurückhaltung mit einer eigenen Untersuchungsaktion 2007 der Durchleuchtung beugte (Ziemer 2009: 183).

Die PiS-Regierung war jedoch nicht nur gekennzeichnet durch den ausgeprägten Wunsch nach rechtlicher Vergeltung sondern auch durch die politische Instrumentalisierung der Justiz. Um dem Machtmissbrauch und der Vetternwirtschaft in Polen entgegenzuwirken, wurde 2006 die Zentrale zur Antikorruptionsbekämpfung geschaffen (Grzeszczak 2009: 202). Allerdings übte die PiS bei der juristischen Strafverfolgung so viel Druck aus, wie es Polen sonst nur aus der Zeit der Volksrepublik kannte, in welcher die Staatsanwaltschaft direkt der PZPR unterlag (ebd.: 197).

Eine der PiS entgegengesetzte Politik charakterisierte die PO-Regierung, in welcher die Ämter des Justizministers und des Generalstaatsanwaltes getrennt wurden. Damit wurde die, aus der Volksrepublik stammende, Möglichkeit der Justiz-Politisierung und Parteienabhängigkeit aufgehoben. Der hohe Wert der Rechtsstaatlichkeit zeigte sich auch im Vorhaben, mögliche Rechtsverstöße der PiS-Regierung zu überprüfen (Vetter 2009: 3). Eine Novellierung der Verfassung von 1997, auch um der Blockadepolitik des Staatspräsidenten entgegenzusteuern, stand in Planung (ebd.: 6).

Symbolischer Umgang mit dem Staatssozialismus

Der 2008 eingeführte „Europäische Gedenktag an die Opfer des Stalinismus und Nazismus“ am 23. August, dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939, wurde von Polen und anderen ostmitteleuropäischen Vertretern in der EU durchgesetzt. Somit wurde die Erinnerung an den Kommunismus und seine Verbrechen Teil der europäischen Geschichte (Troebst 2013b: 110ff.).

Auch der 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges 2008 war von Annäherung gekennzeichnet. Russlands Zugeständnis, den Pakt Sowjetrusslands mit dem Deutschen Reich als Fehler zu bezeichnen, überraschte Polen positiv (Lang 2010: 6).

Einen ebenso einenden Kurs verfolgte die schon 2002 ins Leben gerufene „Polnisch-Russische Gruppe für schwierige Fragen, die sich aus der gemeinsamen Geschichte ergeben“, die 2009 einen Band veröffentlichte, in welchem die geschichtlichen Fakten von beiden Seiten abgeglichen wurden. Die Kommission, gegründet durch beide Regierungen, sollte damit den Konflikten über die unterschiedlichen Interpretationen der gemeinsamen Vergangenheit entgegen kommen (Rotfeld/Torkunov 2010, zitiert nach Scheliha 2013: 239).

Polens Außenpolitik und das Verhältnis zu Russland nach dem Staatssozialismus

Nach dem EU-Beitritt versuchte die PiS-Regierung die nationalen Interessen in der Ost- und Energiesicherheitspolitik auf die EU-Agenda zu setzen. Um die Einflussnahme Russlands auf Europa zu verringern, wurde eine geschlossene europäische Einheit befürwortet, die die polnisch-russischen Anliegen im Sinne Polens vertrat. Eine solidarisch europäische Energiepolitik wurde forciert, um vor möglichen Folgen russischer (energie)wirtschaftlicher Abhängigkeit zu schützen, wie dies 2006 passierte, als Russland die Einfuhr polnischer Agrarprodukte verbot. Das europäische Eingehen auf Teilaspekte der Forderungen, bestärkten Polens selbstbewusstes Auftreten (Lang 2009: 589ff.).

Die europafreundliche PO-Regierung setzte ab 2007 vermehrt Akzente auf diplomatische Beziehungen zu Russland (ebd.: 592), welche, durch die unterschiedlichen Interessen, einen Kraftakt darstellten. So schufen Polen und Schweden 2008 eine „Östliche Partnerschaft“ der EU mit den postsowjetischen Ost-Nachbarländern, woraufhin sich Russland in seiner Einflussphäre bedroht fühlte (Lang 2010: 3).

Russlands Kritik erntete auch die PO-Entscheidung, das US-Militär polnischen Boden nutzen zu lassen. Die Stationierung eines Raketenabwehrsystems signalisierte dabei einen besonderen Ausdruck des starken polnischen Sicherheitsbedürfnis und des hohen Misstrauens gegenüber Russland (ebd.: 5).

Gesellschaftliche Rezeption

Nach der Transformation kristallisierten sich Gesellschaftsgruppen heraus, die unterschiedliche Erwartungen an den polnischen Staat hatten. Einen Teil repräsentierte die PiS mit der Idee der Vierten Republik, einem starken Präsidentenamt und mächtigen Staat. Einen weiteren stellen die sogenannten Transformationsverlierer dar, welche sich nach einem fürsorglichen Sozialstaat sehnten (Chwalba 2010: 50). Auf diesen Wunsch ging die PiS mit einem „solidarisches Polen“ ein, das für das nationale Gemeinwohl sorgen würde und konträr zur individuellen, liberalen und selbstbereichernden Politik „der Anderen“ nach der Wende verstanden wurde (Krzemiński 2009: 353). Die Befürworter der PiS-Politik und der zentralisierten Gewalt gaben sich auch mit weniger demokratischen Lösungen zufrieden, sofern diese die materielle Sicherheit gewährleistete (Ziemer 2009: 188).

Jedoch verlor die Regierung das Vertrauen der Gesellschaft nicht nur mit der Instrumentalisierung der Abrechnungsversuche (Grzeszczak 2009: 197). Der propagierte starke Staat, der weitreichend ins öffentliche Leben eingriff, stand im Gegensatz zur Selbstverwaltung und der ohnehin schwachen Zivilgesellschaft (Ziemer 2009: 184ff.). Die dritte Gesellschaftsgruppe, eine junge bürgerliche Mittelklasse Polens, stand für einen „liberalen, ideologisch neutralen Staat“, ohne Revolution dafür mit Beständigkeit und Weiterentwicklung. Dem Wunsch nach einer radikalen Systemänderung und der ernüchternden Ergebnisse der PiS-Politik, folgte das Bedürfnis nach Stabilität, welches die PO verkörperte (Majcherek 2011: 2f.).

3.4. Die Amtszeit von Bronisław Komorowski

(Partei)politischer Umgang mit dem Staatssozialismus

Nach Lech Kaczyńskis Tod wurde das Amt kommissarisch von Bronisław Komorowski geleitet, bis dieser die vorgezogenen Präsidentenwahlen gegen Jarosław Kaczyński gewann und ab 2010 das Amt des Staatspräsidenten bekleidete (Gnauk 2010: 2f.).

In der Regierungsperiode des ehemaligen PO-Politikers spielte das Flugzeugunglück eine erhebliche Rolle und spaltete die politischen Lager, indem „der Umgang mit der Katastrophe von Smolensk, die Aufklärung der Ursachen (und) das Gedenken an die Opfer“ unterschiedlich stark bewertet wurden (ebd.: 2). Kaczyńskis anfängliche Mäßigung ging in eine teils aggressive Suche nach der Schuld über und stand im Gegensatz zur nüchternen PO

(ebd.: 5). Auch gab es Bemühungen, die Flugzeugkatastrophe mit dem martyrologischen Katyń-Mythos zu verweben, sodass die Frage nach einem polnischen Patriotismus (Garsztecki 2010: 4) und die Unfall-Hintergründe bis heute zur Debatte heran gezogen werden (Vetter 2015a: 2).

Nach der ersten Regierungsperiode wurde die PO 2011 wiedergewählt und koalierte erneut mit der PSL, was in der Dritten Republik einmaligen Charakter hatte. Der unideologische Pragmatismus und die liberale Modernisierungspolitik schützten allerdings nicht vor sinkendem Zuspruch. Als skandalöse Aufzeichnungen von Privatgesprächen ranghoher PO-Politiker öffentlich wurden und Ministerpräsident Tusk als Präsident in den Europäischen Rat wechselte, wurde die Partei nicht nur auf Grund dieser Entwicklungen geschwächt. Die PO kam auch, durch die sich steigernde Kritik der feindlichen PiS, immer mehr in Bedrängnis. Da die Opposition, trotz neuer politischer Gruppierungen, eine marginale Rolle spielte, fand der Wettstreit um Polens politische Ausrichtung weiterhin zwischen den genannten Hauptkonkurrenten statt (Majcharek 2017: 2ff.).

Dieser Kampf zeigte sich auch in der Debatte über die Außenpolitik Polens in Anbetracht des Ukraine-Konflikts seit 2013, die zu einer russischen Annexion der Krim und einem bewaffneten Konflikt führte. Die Regierung war weiterhin um solide Kontakte mit Russland bemüht, während die PiS einen harten Kurs forderte, der jegliche offizielle Kooperation mit Russland unterbinden sollte (Buras 2014:3f.).

Auch der Tod Jaruzelskis 2014 führte zu kontroversen Auseinandersetzungen. Die undifferenzierten Deutungen bedienten die Extreme „des kommunistischen Diktators“ durch die Konservativen und Nationalisten und des „verantwortungsvollen Patrioten, der Polen vor einer sowjetischen Invasion bewahrt habe“ vor allem durch die SLD (Vetter 2014: 5).

Die Innenpolitik beeinflusste insofern auch die Präsidentenwahl 2015. Diese konnte der PiS-Kandidat Andrzej Duda, durch eine gemäß der PiS-Politik nationalzentrierte sowie EU- und russlandkritische Stellung, gegen den erneut kandidierenden Komorowski für sich entscheiden (Majcherek 2015: 2).

Institutioneller und rechtlicher Umgang mit dem Staatssozialismus

2010 wurde schlussendlich das Lustrationsgesetz durchgesetzt, welches jeder Person den Einblick in die Geheimdienstakten des IPN gewährte. Dass dies der kommissarische Staatspräsident Komorowski entgegen Lech Kaczyńskis Einspruch entschied, zog Kritik und eine Verfassungsbeschwerde von der PiS nach sich (Raabe/Zajaczkowski 2010: 3f.).

Hingegen kam der Prozess gegen die Verantwortlichen des Kriegsrechts zu einem endgültigen Abschluss. Da das Gericht bei der Verhängung des Kriegsrechts „keine direkte Bedrohung in Form von sowjetischer Intervention“ erkennen konnte wurde 2012 nur eine Person verurteilt - der damalige Innenminister Czesław Kiszczak (Zagańczyk-Neufeld 2014: 167f.).

Symbolischer Umgang mit dem Staatssozialismus

Seit 2011 wurde die staatliche wie private Dokumentation der Transformation, „Archive des Umbruchs 1989–1991“, digitalisiert und vom Staatspräsidentenamt sowie dem Senatsamt der polnischen Bevölkerung über das Internet zur Verfügung gestellt. Der Fokus der Erinnerung wurde auf die Errungenschaften der Bürgerkomitees und der Solidarność gelegt. Dass der Senat die erste unabhängige Institution 1989 war und „das erste öffentliche nichtkommunistische Archiv aufgebaut wurde“, unterstrich das Unterfangen (Vetter 2012: 2f.).

Das 25. Jubiläum des „Runden Tisches“ 2014 bewies allerdings, dass die Interpretation dieses Vergangenheitsabschnitts die politische Parteienlandschaft weiterhin trennte. Komorowski und die Befürworter einer positiven Darstellung der Transformation gestalteten diese feierlich. Traditionsgemäß wurde seitens der politisch Rechten Kritik an Mazowieckis „dickem Strich“ und den schwierigen Wirtschaftsreformen laut (ebd.: 4ff.).

Auch der 70. Jahrestag zum Ende des Zweiten Weltkrieges 2015 wurde durch den Russland-Ukraine-Konflikt getrübt. Diese veranlasste viele westliche Politiker, nicht an den traditionellen Siegesfeiern in Moskau teilzunehmen, sodass Polen hoffte zum wichtigsten Gastgeber zu werden. Da Russlands Kritik die Lage weiter anspannte, schickten die westlichen Staaten nur wenig ranghohe Vertreter nach Polen. Somit setzten nur die ostmitteleuropäischen Länder in Polen ein vereintes Zeichen gegen Russland (Vetter 2015a: 3).

Polens Außenpolitik und das Verhältnis zu Russland nach dem Staatssozialismus

Der Flugzeugabsturz in Smolensk 2010 veränderte das polnisch-russische Verhältnis nicht gravierend, trotz unerwartet hoher Anteilnahme Russlands. Der erhofften rechtlichen Verantwortung beim Katyń-Massaker kam Putin trotz der Geschehnisse nicht nach. Bei den Ermittlungen zu den Flugzeugabsturzursachen wurde der Nachbar nicht im gewollten Ausmaß einbezogen, sodass der Endbericht, ohne Überprüfung von polnischer Seite, die alleinige Verantwortung Polen zuschrieb (Ćwiek-Karpowicz 2012: 4). Die Kritik Kaczyńskis und seines Lagers an den russischen Unfallermittlungen war erfolgreich, sodass dank übermittelter Unterlagen, eigene polnische Untersuchungen beginnen konnten (Gnauk 2010: 2). Dennoch blieben grundlegende Probleme zwischen beiden Ländern aufrecht, da beide die Bewertung der Smolensk-Katastrophe nicht mit den unterschiedlichen außenpolitischen Positionen und deren Auswirkungen verbanden (Ćwiek-Karpowicz 2012: 6).

Trotz allem hatte die deeskalierende PO-Politik mit Russland positive Auswirkungen auf die Nachbarschaft. Dies wirkte sich auch erfolgreich auf Polens Position in der Europäischen Union aus (Buras 2014: 3).

Die Stabilität, die Polen seit 15 Jahren in der NATO und seit zehn Jahren in der EU hatte, wurde durch die Ukraine-Konflikt beeinträchtigt und ließ „alte Bedrohungsängste“ hochkommen (Vetter 2014: 7). Zudem war die gewünschte Schlüsselrolle Polens in der EU-Ostpolitik, in Form von Integrationsbemühungen der Ukraine, von wenig Erfolg gekrönt. Mit dem russisch-ukrainischen Konflikt seit 2013 verschlechterten sich nicht nur die polnisch-russischen Beziehungen, sondern veranlassten Polen dazu, verstärkt eigene sicherheits- und verteidigungspolitische Maßnahmen zu ergreifen. Da Polen nicht auf eine gesamteuropäisch scharfe Reaktion gegen Russland setzen konnte und die Unterstützung der USA als unsicher empfunden wurde, intensivierte Polen den Ausbau der polnischen Streitkräfte, um die eigenen Grenzen schützen zu können (Buras 2014: 3ff.). Zugleich verfolgte die polnische Regierung eine vereinte Strategie der NATO und EU (Buras 2015: 2) und engagierte sich für eine EU-weite, von Russland unabhängige, Energieunion (Buras 2014: 2).

Gesellschaftliche Rezeption

Die Krim-Krise weckte bei vielen, vor allem der älteren Bevölkerung, Kriegsängste und Erinnerungen an das von der Sowjetunion verursachte Leid (Vetter 2015a: 2). Trotzdem waren die großen politischen Gedenkfeiern zum Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bürger

von geringerer Bedeutung, zumal die politische Instrumentalisierung solcher Veranstaltungen erkannt wurde (ebd.: 5). Somit zeigte sich, dass Geschichtsbewusstsein weniger von öffentlichen, symbolischen Inszenierungen als viel mehr „von der mühsamen alltäglichen geschichtspädagogischen Kleinarbeit in Schulen und Universitäten, in den Medien und durch Buchpublikationen“ geprägt wird (ebd.: 6).

In diesem Kontext verschob sich das geringe Interesse der Bevölkerung an den öffentlichen Feiern zum Transformationsjubiläum in Richtung private Erinnerung, mit welcher die Identifikation größer war, sofern gegenwärtige Probleme die Geschichtsauseinandersetzungen nicht in den Hintergrund rücken ließen (Vetter 2014: 7).

Allerdings zeigte die starke politische Polarisierung Wirkung auf die Gesellschaft, die sich anhand der parteipolitischen Zustimmung zusehends spaltete. Die hoch emotionalen, sich abgrenzenden Gruppierungen wirkten sich dementsprechend negativ auf das ohnehin schwach ausgebildete Gemeinwesen aus (ebd.: 6).

4. Analyse

Die, zur Analyse herangezogenen, Gedenkreden der Staatspräsidenten zum Unabhängigkeitstag am 11. November fanden in Warschau vor dem Grab des Unbekannten Soldaten statt, welches als Symbol des „martyrologischen Aspekts und der moralischen Siege“ im Kampf um die Freiheit gilt. In dieser Hinsicht wurde „dieser Tag des Nachdenkens, Reflektierens (und des) Nationalstolzes“ (Ruchniewicz 2003: 264) in Anwesenheit zahlreicher Besucher feierlich erinnert. Die Staatspräsidenten begrüßten u. A. die Vorsitzenden der Parlamentskammern, den Premierminister und weitere politische Vertreter wie die Minister und den Bürgermeister, den Generalstabschef der polnischen Streitkräfte, die polnische Armee, die höchsten Vertreter der römisch-katholischen Kirche sowie die Bewohner Warschaus und, auf Einladung Polens, ausländische Staatschefs.

Methodisch bediene ich mich der inhaltlichen und diagnostischen Dokumentenanalyse, mit welcher ich die Reden qualitativ untersuche. Die Verbindung zwischen der Erinnerungspolitik und dem Staatsozialismus versuche ich in den vier Regierungsepochen der Staatspräsidenten mit Hilfe folgender Kategorien aufzuzeigen: die Darstellung des Selbst – Polens, sowie des Anderen – der Sowjetunion/des Staatsozialismus, der polnisch-russischen Beziehung und besonders, unter- oder nicht thematisierte Sachverhalte.

4.1. Die Gedenkreden von Lech Wałęsa

Darstellung des Selbst - Polen

Polen wird als starkes Volk dargestellt, deren Gründerväter der Unabhängigkeit nicht nur Kämpfer sondern auch Märtyrer waren. Wałęsa vergleicht den Leidensweg der Polen in die Selbstbestimmung mit dem Kreuzweg Jesu, der mit den Aufständen gegen die russische Teilung beginnt und in den erfolgreichen Kampf Piłsudskis für die Unabhängigkeit reicht. Die hingebungsvolle Willensstärke aller kämpfenden Polen, die göttliche Hilfe bekamen, unterstützten die Denker, die die Chance der Geschichte nutzten. Somit identifizieren sich, laut Wałęsa, die Polen mit dem patriotischen Kampf für die Unabhängigkeit, der bis zur Selbstaufopferung reicht, wie dies das polnische Heer bewies.

Wałęsa unterstreicht das Talent der Polen, das sich bei der Diplomatie am „Runden Tisch“ zeigte. Mit der Wende kam dank der Opposition und Kirche die Wahrheit über die polnische Vergangenheit ans Licht. Dieser Verdienst sowie der Pluralismus und die Marktwirtschaft müssen verteidigt werden, denn die Sorge, die frisch gewonnene Unabhängigkeit und

Demokratie zu verlieren, ist ein Kennzeichen Polens. Diese Werte sollen, laut Wałęsa, mit Verstand und Arbeit garantiert werden.

Polens Misstrauen gegenüber Europa und die wirtschaftlichen Komplexe, auf Grund von volkspolnischen Defiziten, kommen zum Tragen, wenn Wałęsa betont, dass die Polen sich auf niemanden verlassen können und der Welt beweisen müssen, dass sie der Souveränität würdig sind, sodass dieser wohlverdiente Platz in Europa erhalten bleibt.

Die Diskrepanz zwischen den Unabhängigkeitshelden und der gegenwärtigen Gesellschaft scheint, laut Wałęsa, erinnerungswürdig, indem sich die Bevölkerung dem Erbe als Schuldner bewusst sein soll, ohne sich selbst opfern zu müssen,.

Darstellung des Anderen - Sowjetunion/Staatssozialismus

Ohne große Worte werden der östliche Aggressor im Krieg 1920 sowie Jalta, wo die Entscheidung über die sowjetische Einflussnahme Polens entschieden wurde, genannt. Die Fremdheit des Staatssozialismus betont Wałęsa, indem er Polen 1945 als getrennt und erst durch die (selbst) erkämpfte Unabhängigkeit wieder vereint wahrnimmt. Die Versuche der PZPR nach dem Krieg ein Polen nach kommunistischem Vorbild zu erschaffen, negiert er mit der Meinung, dass nur die Polen sich selbst wieder aufbauen und für Sicherheit und Wohlstand sorgen können. In diesem Sinne werden die selbstbestimmten Ziele und Bedürfnisse betont, für welche nicht mehr die Staatsmacht zuständig ist, wie die ehemals zensierten Bereiche Kultur, Technik und Wissenschaft. Die Geschichtsunwahrheiten der Volksrepublik, die erst nach der Wende vom demokratischen Polen, richtig gestellt werden konnten, zeigen die Diskrepanzen beider Systeme.

Darstellung der polnisch-russischen Beziehung

Wałęsa spricht nicht explizit über Russland. Nur indirekt wird dieses durch den Leidensweg Polens und die Kämpfe für die Unabhängigkeit genannt. Dies kann möglicherweise mit den angespannten polnisch-russischen Verhältnissen durch die NATO- und EU-Bestrebungen Polens zusammenhängen.

Darstellung besonders, unter- oder nicht thematisierte Sachverhalte

Der Unmut gegenüber den europäischen Ländern, die Polens Souveränitätsanstrengungen vor 1989 nicht nur nicht unterstützten, sondern diesen gegenüber auch feindlich eingestellt waren, ist bei Wałęsa groß. Dessen Warnung Europa nicht zu vertrauen und ihm nicht dankbar für die Entwicklungen zu sein, beweist diese tiefe Enttäuschung.

Erstaunenswert ist die Tatsache, dass die Leistungen der Solidarność nicht hervorgehoben werden. Dies mag mit den innenparteilichen Meinungsunterschieden und Kämpfen innerhalb der Ex-Solidarność in dieser Zeitspanne zusammenhängen.

Wałęsas Glaube an die göttliche Unterstützung bei den Unabhängigkeitskämpfen Polens drückt nicht nur aus, dass er Polen einen besonderen Status zuschreibt, sondern schwächt Polens Selbstbild als Heldennation.

4.2. Die Gedenkreden von Aleksander Kwaśniewski

Darstellung des Selbst - Polen

Das geschichtsträchtige polnische Volk wird als hartnäckig und unerschütterlich beschrieben. Konsequenter, mutig und visionär hat Polen die Unabhängigkeit erkämpft und ist nicht an dem Leid, das in diesem Ausmaß kein anderes europäisches Land erlebt hat, zu Grunde gegangen. Diese heldenhaften Errungenschaften bedienen Polens Identität.

Die fehlende Anerkennung Europas kritisiert Kwaśniewski, indem Polen mit dem Sieg gegen Russland 1920 auch Europa vor der Sowjetunion rettete. Jedoch relativiert er diese durch deren Ratlosigkeit, was Polens ehrenhaftes Selbstbild unterstreicht.

Der Präsident beschreibt Polen als ein Volk, welches trotz der widrigen Umstände sich selbstständig in die Unabhängigkeit verholpen hat und diese unter Opfer realisierte. Der heldenhafte Warschauer Aufstand wird als glorifizierter Ausdruck des märtyrerischen Selbstbildes, der auch als Gestalter der eigenen Geschichte wirkt, gedeutet.

Die positive Sonderstellung Polens, zeigt sich, indem das Volk als erstes 1980 für Demokratie kämpfte und mit der Fähigkeit, trotz politischer Differenzen, zum verständnisvollen Dialog und Kompromissen, Polen und ganz Mitteleuropa friedlich veränderte. Diesen Kampf für die Menschenwürde führte das Volk mit der Solidarność, der demokratischen Opposition, den Auslandspolen und der Kirche, die die polnische Kultur in der autoritären Zeit konservierte. Der „Runde Tisch“ wird als große Leistung angesehen, wobei das Misstrauen gegenüber der

PZPR betont wird. Der Mut der Polen zur erfolgreichen Transformation wird als herausragend definiert, sodass Polens größtes Bestreben, selbstständig entscheiden zu können, ohne Hilfe von außen erfüllt wurde. Polens Ambitionen nach einer vollständigen und wahren Geschichtsauseinandersetzung konnte die Demokratie nachkommen, was sich auch in der Hoffnung einer erfolgreichen, justiziellen Gerechtigkeit gegenüber den kommunistischen Verbrechen zeigt.

Dass ein Teil der polnischen Bevölkerung der Transformation negativ gegenüber steht, deutet Kwaśniewski als Bedrohung für die polnische Einheit, die Entwicklung des Landes und den sicheren Platzes in Europa. Dieser werde in der NATO- und erhofften EU-Mitgliedschaft garantiert. Das teilweise Misstrauen in die Demokratie, als Folge der Volksrepublik, muss somit überwunden werden um die, von Kwaśniewski gewünschte, patriotische Einheit leben zu können.

Gleichzeitig ist Polen von der Angst geprägt, die Unabhängigkeit, den Wohlstand und die Sicherheit zu verlieren. Deshalb unternimmt der Staat große Anstrengungen um moderner und konkurrenzfähiger zu werden und die internationalen Beziehungen auszuweiten, um sich vor möglichen Aggressionen zu schützen. Um nicht auf die Hilfe anderer angewiesen zu sein und erneut enttäuscht zu werden, sieht sich Polen selbst als Initiator für die Stabilität und Integration Europas und pflegt mit anderen freiheitsliebenden Staaten, wie den USA, Beziehungen, in Form des Kampfes gegen Terrorismus im Irak-Krieg.

Darstellung des Anderen - Sowjetunion/Staatssozialismus

Beim Staatssozialismus versucht Kwaśniewski nicht nur positive Aspekte zu betonen und diesen auch als Teil Polens darzustellen. So betont er, dass der Warschauer Aufstand nicht nur von der polnischen Untergrundarmee, sondern auch von den polnischen Kommunisten, bestritten wurde.

Als Polen nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetische Einflussnahme gerät, werden die Kommunisten als Befürworter der Souveränität dargestellt. Diese haben während der Okkupation, in einem für sie möglichen Ausmaß für unabhängige Faktoren gesorgt und somit die schwierige Lage Polens verbessert. Die Bevölkerung hat damit gemeinsam mit den polnischen Kommunisten das Land aufgebaut und einen eigenen Nachkriegspatriotismus erschaffen. Gelobt wurden die Integration der neuen Westgrenzen Polens seitens der

Kommunisten sowie die Bekämpfung des Analphabetismus. Auch Dank den Anstrengungen in der Wissenschaft, Kultur, Technik und der Bildung wurden die Defizite Polens verringert. Gleichzeitig kritisiert Kwaśniewski den autoritären und ideologischen Charakter des Systems an, welcher die Menschenwürde verletzte.

Kritisch wird an die Berliner Mauer erinnert und die damit einhergehende Isolierung Polens. Auch für die wirtschaftliche Distanz zu den westlichen Staaten werden die Kommunisten verantwortlich gemacht.

Darstellung der polnisch-russischen Beziehung

Russland wird durch die Geschichtserfahrung als östlicher Aggressor, der die polnische Kultur unterdrückte, dargestellt. In der Gegenwart wird Russland Missgunst unterstellt, da die beiden um den Einfluss in Osteuropa konkurrieren. Kwaśniewski begründet Polens gute Position mit erarbeiteten, partnerschaftlichen Beziehungen und nicht durch Zwang, womit er sich kritisch auf Russlands Vergangenheit beruft. Laut Kwaśniewski soll jeder Staat die Möglichkeit zum EU-Beitritt haben, was die gegensätzlichen Ausrichtungen der Nachbarn unterstreicht.

Die Stärkung der Wirtschaft und die dadurch höhere Konkurrenzfähigkeit stellt nicht nur die Versuche Polens möglichst unabhängig von Russland zu wirtschaften, sondern auch die Rivalität zwischen Beiden dar.

Darstellung besonders, unter- oder nicht thematisierte Sachverhalte

Kwaśniewski als „Präsident aller Polen“ schließt auch die (Post)Kommunisten ein. Seine Kritik gilt vor allem der Sowjetunion und lässt somit die polnischen Kommunisten in einem positiveren Licht erscheinen.

4.3. Die Gedenkreden von Lech Kaczyński

Darstellung des Selbst - Polen

Polen wird als ein unbeugsames, kämpferisches Volk, dessen Traum die Unabhängigkeit darstellt, beschrieben. Der endlose Kampf gegen äußere Bedrohungen begann, laut Kaczyński, mit dem Aufstand gegen die russische Teilungsmacht im 19. Jahrhundert und hatte einen erfolgreichen Höhepunkt mit der Zweiten Republik, die von polnischen Politikern

und Soldaten erarbeitet und erkämpft wurde. Zwar gehören zu Polen auch die Lagerkämpfe um Polens Ausrichtung 1918, aber bei Bedrohung der Nation und der Unabhängigkeit wurde sich Polen einig und arbeitete zusammen.

Kaczyński betont die fehlende Unterstützung Polens in Europa und die Schmach Piłsudskis, der dadurch zum Opfer gemacht wurde. Die widrigen Umstände gewohnt, erkämpfte sich Polen dennoch den Platz und die heutigen Staatsgrenzen. Das heroische Polen rettete nicht nur sich selbst vor den Sowjets, sondern, so die Interpretation Kaczyńskis, bewahrte auch Europa vor ihnen. Diesen Patriotismus der Zweiten Republik wünscht sich der Präsident als Grundlage der neuen Vaterlandsliebe. Diese soll energischer die Interessen Polens vertreten und nicht hinterfragt werden um zielführend zu sein. Hierzu zählt die Befürwortung eines autoritäreren Zugangs, der dem polnischen Volk fehlt.

Die heutige Unabhängigkeit fußt, so Kaczyński, auf den enormen Leistungen der, nicht fehlerfreien, aber gut funktionierenden, Zweiten Republik. Diese schuf die Wurzeln für die patriotischen Widerstände gegen den Kommunismus, in Form zahlreicher Proteste, der erfolgreichen Solidarność und der demokratischen Opposition. Das freie Polen unter Mazowiecki trug maßgeblich zur besonderen Leistung des Berliner Mauerfalls bei, so die Deutung des Präsidenten.

Laut Kaczyński ist das polnische Volk zwar unabhängig, aber auf Grund von kommunistischen Hinterlassenschaften, in der Entwicklung gehindert. Dem polnischen Staat fehlen radikale Reformen, um gut funktionieren zu können, weshalb das Volk mit Hilfe des neuen Patriotismus kein differenziertes, sondern ein einheitliches Bild darstellen soll.

Polens Sicherheitsbedürfnis und der angestrebten wirtschaftlichen Distanzverringern kommen die NATO und die EU entgegen, aber dennoch bleibt das Misstrauen gegenüber den europäischen Ländern erhalten. So meint Kaczyński weiter, für den Platz in Europa, der den verfolgten und heldenhaften Polen zusteht, kämpfen zu müssen und auf die eigne patriotische Nationalität innerhalb der EU zu pochen.

Darstellung des Anderen - Sowjetunion/Staatssozialismus

Nach dem sowjetischen Überfall 1920 ist für Kaczyński der Kommunismus das Gegenteil von dem Polen seiner Vorstellung. So trennt er alles Kommunistische vom Polnischen und sieht

jeglichen Einfluss als nicht zu Polen zugehörig an. Diese verstandene Unterwanderung wirkt laut ihm ins Heute und muss beseitigt werden. Außerdem macht der Präsident den Staatssozialismus für die Distanz zwischen Polen und den westeuropäischen Ländern verantwortlich.

Darstellung der polnisch-russischen Beziehung

Kaczyński betont bei Ausführung der polnisch-russischen Geschichte die feindliche Rolle Russlands. Dieses wird als aggressive Teilungsmacht dargestellt, die Polen kulturell und geopolitisch auslöschen wollte. Da Russland nicht nur Polen sondern Europa unterjochen wollte, bleibt der Kampf um die Sicherheit aktuell. Deshalb muss, laut dem Präsidenten, auch der Kampf um die Energiesicherheit und die wirtschaftliche Abhängigkeit ein Thema sein, um möglichst wenige Verstrickungen mit Russland zu haben.

Darstellung besonders, unter- oder nicht thematisierte Sachverhalte

Kaczyński zeichnet ein besonders ablehnendes Bild Russlands und ist sehr bemüht die kämpferische und aufopfernde polnische Gesellschaft zu betonen, die sich in einem nicht enden wollenden Kampf gegen kommunistische Überreste aus der Volksrepublik in der Dritten Republik befindet. Zudem ist diese einer andauernden Gefahr Russlands ausgesetzt, auf Grund der aggressiven Geschichtsdarstellung des Präsidenten.

Obwohl das Katyń-Massaker identitätsstiftendes Potenzial hat, verzichtet Kaczyński dies hervorzuheben. Das könnte daran liegen, dass Russland bei der Aufklärung relativ entgegenkommend war.

4.4. Die Gedenkreden von Bronisław Komorowski

Darstellung des Selbst - Polen

Die Polen werden als aufständisches Volk beschrieben, das sich gegen jede (russische und sowjetische) Unterdrückung, auch auf Gefahr zu sterben, wehrt. Dieses Volk eint, auch in der Verbannung und Emigration, der Kampf für den Traum der Unabhängigkeit. Die Gründerväter der polnischen Souveränität, Piłsudski und Dmowski sowie andere Führungspersonlichkeiten, werden als mutig und fähig dargestellt, indem sie jede Chance

nutzen um aus den Visionen einen eigenen fähigen Staat und die dazugehörigen Institutionen zu erbauen. Trotz innenpolitischer Differenzen, die sie auch ausmachen, besinnen sich diese Vorbilder immer wieder auf Zusammenarbeit für das wichtigste Gut, die Unabhängigkeit, für die sich jedes Opfer und jede Arbeit lohnt.

Laut Komorowski wird Polens Geschichte vor allem durch die Unabhängigkeitsbestrebungen von 1918 und 1989 geprägt. Der stolze, gemeinsame Kampf für Freiheit und Demokratie zeigt sich, so der Präsident, nicht nur im Widerstand sondern auch durch kluge, mutige und einende Dialogfähigkeit, wofür er als Beispiel die Solidarność-Bewegung heranzieht. Neben den Leistungen der Solidarność werden Mazowieckis Reformen und Kompromisse als erfolgreich dargestellt. Dadurch hat Polen nicht nur sich selbst sondern ganz Europa geändert, so die positive Deutung der Transformation. Großen Einfluss auf diese erfolgreichen Entwicklungen hat, laut Komorowski, auch Jan Paul II., der damals amtierende Papst, ausgeübt.

Die Vielfalt der Meinungen und die Konkurrenz um Ansichten, die Polen charakterisieren, werden als Ergebnis der Demokratie gedeutet. Zur Bestärkung des gemeinsamen Dialogs wird die von Kompromissen geprägte und deshalb erfolgreiche Politik der Vergangenheit herangezogen. Diese soll als Vorbild und Drohung fungieren, damit sich die Entwicklungen und der Verlauf nach der Zweiten Republik nicht wiederholen.

Um Polens Alleingang günstig erscheinen zu lassen, wird wiederholt betont, wie Polen aus eigener Kraft zu dem verdienten Platz in Europa zurückgekehrt ist. Erfolgreich und selbstständig hat das Volk die Souveränität wiedererlangt, die Grenzen gesichert, indem partnerschaftliche Beziehungen zu den Nachbarländern aufgebaut wurden und ist damit berechtigterweise ein bedeutender Teil der erfolgreichen, sicheren, stabilen, modernen und demokratischen Länder der Welt.

Die kennzeichnende Angst vor dem Rückgang der Entwicklung, des Wohlstandes und der Sicherheit versucht Polen mit wirtschaftlichen Reformen und einer aktiven Stellung in der EU und NATO, vor allem gegenüber den USA zu mindern.

Darstellung des Anderen - Sowjetunion/Staatssozialismus

Der Krieg 1920 wird als sowjetischer Überfall und der Beginn des Staatssozialismus 1945 als Okkupation bezeichnet, die den polnischen Staat bis zur Wende gebrochen hatte. Die

erzwungene politische Ordnung war, laut Komorowski, ein kommunistischer Totalitarismus der einstimmigen Meinungsdictatur, welche Polen isolierte, die Wirtschaft ruinierte, jedoch das Volk trotz allem nicht vollkommen zerstören konnte. Große wirtschaftliche und außenpolitische Anstrengungen werden unternommen, um zu keinem Zeitpunkt wieder zu einem ähnlichen Staatszustand wie in der Volksrepublik, zurückkehren zu müssen, so das negative Bild der Geschichte Polens von 1945 bis 1989.

Unterstrichen wird die ungewollte Herrschaft damit, dass die PZPR nie im Sinne Polens entschied, im Gegensatz zu den polnischen Antikommunisten, die dem Wohl der Nation dienten.

Darstellung der polnisch-russischen Beziehung

Die kriegerische Geschichte beider Länder prägt bis heute Polens Auffassung von Russland. Dieser wird als ständiger Feind beschrieben, der Polen im 19. Jahrhundert teilte und unterdrückte. Trotz der Anteilnahme beim Flugzeugunglück in Smolenk ist Polens Misstrauen gegenüber Russland groß. Die Betonung der starken Position Polens in der NATO und EU und die Hervorhebung der Armeemodernisierung soll die Nation vor einer möglichen Bedrohung Russlands schützen. Der Ausbau der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit, sowie die wirtschaftlichen und strategischen Beziehungen zu anderen Ländern, betont die Anstrengung sich von Russland unabhängig zu mache.

Darstellung besonders, unter- oder nicht thematisierte Sachverhalt

Komorowskis vier Punkte Plan 2014, der die Unabhängigkeit Polens zu garantieren versucht, wirkt wie eine Sicherheitsvorkehrung, um Russlands hegemonialen Ansprüchen entgegenzuwirken. Die Stärkung des privaten Patriotismus in den Familien, die Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, die Erhöhung der militärischen Ausgaben und die erweiterte West-Integration weisen auf eine starke Verunsicherung Polens hin, die Unabhängigkeit, gerade in Anbetracht der Krim-Krise, erneut zu verlieren.

Die Betonung der Liebe zum Vaterland in den Familien könnte ein Versuch sein, dennoch auf die Bevölkerung wirken zu können, wenn sie sich bei Jahrestagen ins Private zurückzieht, was zu diesem Zeitpunkt zu beobachten war.

5. Conclusio

In meiner Arbeit „Polens Erinnerungspolitik und der Umgang mit dem Staatssozialismus seit 1989 anhand der Staatspräsidenten-Gedenkreden zum Unabhängigkeitstag“ versuche ich mit Hilfe der inhaltlichen und diagnostischen Dokumentenanalyse die Verbindung zwischen der legitimatorischen Funktion der Erinnerungspolitik und der symbolisch inhaltlichen Bedeutung der Reden aufzuzeigen.

Auf die von mir im ersten Kapitel gestellten Forschungsfragen und Hypothesen gehe ich in diesem Kapitel ein.

5.1. Beantwortung der Forschungsfragen

Anhand der zusammengefassten Ergebnisse der genannten Kategorien und Unterfragen kann ich folgende Forschungsfragen beantworten:

- Welchen Umgang mit dem Staatssozialismus, der UdSSR und Russland kann man in Polen seit 1989 erkennen?
- Wie unterscheidet sich das jeweilige Verständnis der Staatspräsidenten zur Erinnerungspolitik Polens seit 1989?

1. Wahrnehmung des Selbst: Wenn das polnische Volk dargestellt wird, wie geschieht dies?

Gemein ist jedem Staatspräsidenten die Identifikation des polnischen Volkes mit dem romantischen Mythos des heldenhaften Märtyrers, der aus Liebe zum unabhängigen Vaterland keine Mühe scheut die Grenzen gegen Feinde zu verteidigen.

Die Identifizierung mit dem Kämpferischen verhilft dem polnischen Volk sich mehrmals gegen die Sowjetunion und den Kommunismus zu wehren, sodass dieses nicht nur 1918 sondern erneut 1989 aus eigener Kraft die Souveränität erlangt. Der Umgang mit dem Schicksal wird somit als ein tugendhaftes Merkmal der polnischen Nation interpretiert.

Bei dem Systemsturz 1989 wird vor allem der friedliche Weg Polens gelobt, der die Vorreiterstellung des Landes in Europa, welches als erstes die Unabhängigkeit erkämpfte, hervorhebt. Dem polnischen Volk, das seinen Platz zwischen den demokratischen, sicheren, modernen, kulturell und wirtschaftlich erfolgreichen Nationen Europas sieht, fehlt nur noch die gebürtige Wertschätzung der restlichen europäischen Länder, so die Haltung des ehemaligen Solidarność-Führers Lech Wałęsa und des nationalkonservativen Lech Kaczyński.

Nur der Postkommunist Aleksander Kwaśniewski erkennt in der NATO- und EU-Mitgliedschaft die Anerkennung Europas der polnischen Leistungen an und verringert in diesem Bereich eine mögliche Opferhaltung Polens.

Dieser versucht auch ein differenzierteres Bild der polnischen Bevölkerung während der Volksrepublik zu schaffen. So bestand die Gesellschaft auch aus bekennenden Kommunisten, mit denen ein neues und eigenes Polen erschaffen wurde.

Wałęsa kreiert auch ein kritisches Bild der gegenwärtigen polnischen Bürger, die sich der Heldentaten der Gründerväter würdig zeigen sollen, da diese die Souveränität nicht selbst erkämpft haben. Einer differenzierten Darstellung der Polen schließen sich Kwaśniewski und der ehemalige PO-Politiker Bronisław Komorowski an, indem sie die fehlende Schätzung der Demokratie in der Gesellschaft anprangern.

2. Wahrnehmung des Anderen: Wenn die Sowjetunion sowie der Staatssozialismus und seine Auswirkungen dargestellt werden, wie geschieht dies?

Polens feindschaftliche Geschichte mit der Sowjetunion sowie den polnischen Kommunisten wird mehrmals betont. Genannt werden die Aggressivität des mächtigen Nachbarn und die autoritäre Fremdheit des Systems. Auf detaillierte und differenzierte Kritik wird verzichtet. Polen steht im Kontrast zu dem erlebten Staatssozialismus, damit der Dualismus funktioniert. So steht die isolierende und repressive Ordnung im Gegensatz zu dem freiheitsliebenden Polen. Dieses einseitige Bild versuchen alle Präsidenten, außer Kwaśniewski, zu zeichnen.

Demnach sieht dieser die Kommunisten als Teil der polnischen Gesellschaft, von denen die Polen auch profitierten. Mit Hilfe dieser hat Polen u. A. einen friedlichen Weg des Systemumsturzes geschafft.

Kaczyński wiederum trennt die Polen und (Post)Kommunisten in solch einem Ausmaß, dass er den Letzteren jegliche polnische Identität abstreitet.

3. Wahrnehmung der polnisch-russischen Beziehung: Wenn Russland und seine Politik sowie das Verhältnis zwischen Russland und Polen dargestellt werden, wie geschieht dies?

Konsens besteht bei den Lehren, die Polen auf Grund der Geschichte mit Russland ziehen soll. Der Nachbar wird als ständige Bedrohung wahrgenommen, von der sich Polen politisch

und wirtschaftlich so gut wie möglich unabhängig machen soll. Mit jeder Anstrengung werden, laut den Präsidenten, die Souveränität und die geopolitische Sicherheit verteidigt. Dieses Ziel soll durch die Mitgliedschaften in der NATO und EU unterstützt werden. Vor allem auf Grund der Krim-Krise seit 2013 betont Komorowski Sicherheitsvorkehrungen, die vor einer möglichen Aggression Russlands gegenüber Polen schützen sollen.

4. Besonders oder nicht thematisierte Sachverhalte: Werden in der Darstellung bestimmte Ereignisse hervorgehoben, unterrepräsentiert oder ganz ausgelassen?

Obwohl das Katyń-Massaker für das polnisch-russische Verhältnis bedeutungsvoll ist, wird dieses von keinem Präsidenten erwähnt. Auch Kaczyński, der sehr bemüht ist die mögliche Gefahr seitens Russlands zu betonen, lässt dieses Thema aus. Dies könnte daran liegen, dass Russland bei der Aufklärung der Massaker-Hintergründe entgegenkommend war, was Kaczyńskis negative Darstellung des Nachbarn abschwächen würde.

Die Darstellung der Sowjetunion, des Staatssozialismus und seiner Auswirkungen ist bei allen Präsidenten, bis auf Kwaśniewski, negativ. Nur Letzterer nennt auch positive Aspekte der polnischen Kommunisten, indem seine Kritik vermehrt die Sowjetunion betrifft.

Wałęsa verzichtet auf die Hervorhebung der Solidarność-Leistungen, was man mit den innenparteilichen Schwierigkeiten in dieser Zeitspanne erklären könnte.

Die katholische Religion hat bei allen Präsidenten einen gewissen Stellenwert, jedoch wird sie bei Wałęsa besonders hervorgehoben. Diese Darstellung mindert das hohe, selbsterkämpfte Bild Polens, da die Errungenschaften laut Wałęsa mit Hilfe Gottes erreicht wurden.

Die letzte Forschungsfrage beantworte ich mit Hilfe der zusammengefassten Analyse-Ergebnisse:

- Welche Ziele und politischen Funktionen werden in der Erinnerungspolitik des jeweiligen Staatspräsidenten sichtbar und welche Konsequenzen bringt diese mit sich?

Kaczyński, der offen die PiS-Partei unterstützt, nutzt den symbolischen Umgang mit der Vergangenheit für eigene Zwecke und dient als Sprachrohr für die damalige Regierungspartei. Er kritisiert die kommunistischen Hinterlassenschaften und verlangt eine radikale Aufarbeitung sowie die Umkehrung der Errungenschaften der Dritten Republik in eine Republik nach Vorstellung der PiS-Partei. Auch betont er das Misstrauen gegenüber Europa, was die EU-kritische Politik der PiS stützt.

Bei Kwaśniewski wird die Erinnerungspolitik in Form einer „Transformationsgegner“-Kritik sichtbar. Diese waren schon vor der PiS-Regierung 2005 stimmungsmachend, sodass Kwaśniewski vor negativen Konsequenzen warnt. Der gewünschte Rückgang der Dritten Republik würde die Errungenschaften dieser, die Sicherheit sowie die gute, hart erarbeitete Position Polens in Europa und das innenpolitische Klima zerstören, was der Parteipolitik der Postkommunisten zu Kwaśniewskis Amtszeit entsprach.

Komorowskis vier Punkte Plan 2014, der die Unabhängigkeit Polens zu garantieren versucht, wirkt wie eine Sicherheitsvorkehrung, um Russlands hegemonialen Ansprüchen entgegenzuwirken. Die Stärkung des privaten Patriotismus in den Familien, die Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, die Erhöhung der militärischen Ausgaben und die erweiterte West-Integration weisen auf eine starke Verunsicherung Polens hin, die Unabhängigkeit, gerade in Anbetracht der Krim-Krise, erneut zu verlieren.

Die Betonung der Liebe zum Vaterland in den Familien könnte ein Versuch sein, dennoch auf die Bevölkerung wirken zu können, wenn sie sich bei Jahrestagen ins Private zurückzieht, was zu diesem Zeitpunkt zu beobachten war. Dies stützt die außenpolitische Linie der damaligen Regierung.

Indem die jeweiligen Staatspräsidenten auf die Geschichtspolitik der gegenwärtigen Regierung Bezug nehmen, dienen sie deren Instrumentalisierung. Somit missbrauchen die Staatspräsidenten ihre Überparteilichkeit und stehen nicht für den Ausgleich und die Integration der Bevölkerung. Sie werden zu Mitspielern von Machtkämpfen um die Geschichtsdeutungen und helfen der Legitimation der bestehenden oder angestrebten Strukturen.

5.2. Überprüfung der Thesen

- I. Auf Grund der Darstellung der Erfahrung mit dem Staatssozialismus und seinen Auswirkungen sowie der Sowjetunion und ihrer Politik lassen sich Schlüsse auf eine Vergangenheitsaufarbeitung Polens ziehen.

In den Gedenkreden zum Unabhängigkeitstag seit 1989 wird der Staatssozialismus von jedem Präsidenten thematisiert. Die Art und Weise der Darstellung des polnischen Volkes, des polnischen Staatssozialismus, seinen Auswirkungen sowie der Sowjetunion, seiner Politik

und der Beziehung zwischen Polen und Russland, gibt wieder, wie sehr sich diese Erfahrungen auf die heutige Erinnerungspolitik Polens auswirken.

- II. Die polnische Erinnerungspolitik der Staatspräsidenten schafft eine positive Darstellung des polnischen Staates sowie der polnischen Nation. Gleichzeitig wird eine negative Darstellung des Staatssozialismus, seinen Auswirkungen sowie der Sowjetunion und ihrer Politik geschaffen. Aus dieser gegensätzlichen Darstellung lassen sich Schlüsse auf eine bestimmte Art der Vergangenheitsaufarbeitung Polens ziehen.

Die Darstellung des polnischen Staat und der polnischen Gesellschaft ist nicht eindeutig positiv. Zwar werden die heldenhaften und kämpferischen Eigenschaften stark betont, zur Kritik veranlasst aber die fehlende Wertschätzung der polnischen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts, die Souveränität und die Demokratie, durch die junge Generation, Auch die Darstellung des Staatssozialismus und seinen Auswirkungen sowie der Sowjetunion und ihrer Politik ist differenziert. Die schwierige Geschichte mit der Sowjetunion und die Unvereinbarkeit Polens mit dem Staatssozialismus kommen immer wieder zum Ausdruck, jedoch werden auch polnische Kommunisten als Teil der polnischen Bevölkerung beschrieben, die gemeinsam für das Wohlergehen Polens gestanden haben. Somit gibt es keine klare gegensätzliche Darstellung der Geschichte, die kritische Wiedergabe der Erfahrung mit dem Staatssozialismus überwiegt aber.

- III. Die Darstellung der polnischen Erfahrung mit dem Staatssozialismus und seinen Auswirkungen sowie der Sowjetunion und ihrer Politik unterscheidet sich je nach Regierungsperiode. Aus den jeweiligen Reden der Staatspräsidenten kann man auf die jeweilige Geschichtspolitik und die Instrumentalisierung für eigene Zwecke schließen.

Die Art der Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus und seinen Auswirkungen sowie der Sowjetunion und ihrer Politik unterscheidet sich zwischen den einzelnen Staatspräsidenten. Bis auf Kwaśniewski, der auch positive Aspekte schildert, wird dieser Teil der polnischen Geschichte eindeutig negativ dargestellt.

Eine Instrumentalisierung der Geschichtspolitik lässt sich bei Kaczyński erkennen, der mit der strikten Ablehnung der kommunistischen Vergangenheit auf die Lösung durch die radikale Politik der PiS-Partei verweist. Kwaśniewski reagiert auf die PiS-Politik mit einer ablehnenden Haltung, was die Politik der Postkommunisten zu Kwaśniewskis Amtszeit unterstützt.

- IV. Die Darstellung Russlands und seiner Politik sowie des Verhältnisses zwischen Russland und Polen ist bei jedem Staatspräsidenten problemorientiert. Daraus lässt sich schließen, dass diese Darstellung eine bestimmte Geschichtspolitik des jeweiligen Staatspräsidenten stützen soll.

Russland und seine Politik werden von allen Staatspräsidenten kritisch betrachtet. Durch die Betonung der schwierigen Geschichte beider Länder wird Russland als unberechenbare Gefahr dargestellt, gegen die sich Polen mit politischen und wirtschaftlichen Bündnissen schützen soll.

In Folge der Krim-Krise wurde von Komorowski 2014 ein detaillierterer Sicherheitsplan vorgestellt, um einer möglichen Bedrohung Russlands entgegenzuwirken, was auf die Geschichtspolitik der damaligen Regierung, unterstützend durch den Staatspräsidenten, zurückzuführen ist.

5.3. Ausblick - Polens Vierte Republik?

Als die PiS die Parlamentswahlen 2015 gewann, begann diese erneut stark auf Polens Geschichtspolitik einzuwirken und mit dem verbliebenen Erbe des Staatssozialismus abzurechnen (Vetter 2015b: 2).

Die staatliche Geschichtspolitik besinnt sich, wie schon 2005, auf einen traditionellen Patriotismus, der die Grundlage des nationalen Geschichtsbewusstseins darstellt. Die Liebe zum Land eint die Gemeinschaft und stärkt Polens Position in Europa als selbstbewusster Nationalstaat. Neben diesen Zielen der Geschichtspolitik steht die Würdigung des Flugzeugabsturzes in Smolensk. Dieser soll in der Öffentlichkeit, mit Denkmälern und Straßenbenennungen nach Lech Kaczyński, an Bedeutung erlangen. Zugleich begannen erneute Untersuchungen zu den Unfall-Hintergründen. So lange Jarosław Kaczyńskis

Verdacht der Fremdschuld die Bestätigung sucht, wird dies eine nationale Angelegenheit bleiben (ebd.: 6f.).

Die Umgestaltungen beziehen sich nicht nur auf die geschichtspolitischen Institutionen und Medien, bei denen der personelle Austausch die PiS-„Mission erfüllen“ soll (ebd.: 6). Die Dekommunisierung betrifft die Justiz, Diplomatie und das Militär (Vetter 2017: 2) in einem Ausmaß, welches den Verdacht der politischen Instrumentalisierung erweckt. Die Tatsache, dass die Transformation vor fast 30 Jahren stattfand und die postkommunistischen Einflüsse auf die politischen Institutionen immer mehr abnehmen, steht in keinem Verhältnis zu den energischen Abrechnungsvorhaben. Eher scheinen diese politisch motiviert zu sein (ebd.: 4f.). Die Abrechnung mit der Vergangenheit gilt auch für die Solidarność stellvertretend durch Lech Wałęsa, welcher in den 1970er Jahren mit dem Staatsgeheimdienst arbeitete. Diese Tatsache deutet die PiS als Zeichen dafür, dass der antikommunistische Systemumbau eine Farce war (Krzemiński 2017: 2) Diese Geschichtsdeutung konkurriert mit der positiven Transformationserzählung dessen Symbol des Erfolges, der Freiheit und Demokratie unter anderem Wałęsa ist. Somit wird versucht die Dritte Republik als Niederlage in die kollektive Erinnerung zu verankern (ebd.: 5).

Dieses Vorhaben könnte erfolgreich sein, denn den Wahlerfolg verdankt die PiS nicht nur der gesellschaftlichen Ablehnung der wirtschaftlichen und politischen Eliten (Vetter 2015b: 2), sondern auch der jungen Generation, die keine eigene Erinnerung an den Staatssozialismus hat. Diese misst ihren Lebensstil nicht mit dem vor der Wende, sondern mit dem wirtschaftlich hohen Standard anderer Staaten. Dass die PiS ihnen Versprechen gibt, die demokratische Abstriche nach sich ziehen, scheint, trotz der gesellschaftlichen, vor allem städtischen Proteste, auf Akzeptanz zu stoßen (Majcherek 2017: 6).

Die PiS, die rasch und umfassend die staatliche Kontrolle zu ergreifen versucht, erinnert mit ihren Allmachtsansprüchen und der Herangehensweise diese zu erreichen an die Herrschaft der PZPR. Die nationalkonservativen Geschichtsdeutungen des Staatssozialismus und seinen Folgen in der Dritten Republik zielen nicht auf Versöhnung und Klärung ab, sondern versuchen die Geschichte nach der Wende umzuschreiben bzw. rückgängig zu machen. Damit legitimiert die PiS sich selbst und ihre Politik. Solange die Bevölkerung nicht vereint gegen die autoritären Bestrebungen der Regierung agiert wird nicht nur die Identitätsstiftung durch den Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie verblassen, sondern der Vergangenheit angehören.

6. Literaturverzeichnis

Alexander, Manfred (1991): Geschichtlicher Überblick; in: Wöhlke, Wilhelm (Hg.): Länderbericht Polen. Bundeszentrale für politische Bildung, 296, Bonn

Atteslander, Peter (1995): Methoden der empirischen Sozialforschung. Verlag De Gruyter, Berlin

Bingen, Dieter (1991): Innenpolitik, in: Wöhlke, Wilhelm (Hg.): Länderbericht Polen. Bundeszentrale für politische Bildung, 296, Bonn

Breier, Zsuzsa (2011): Entspannung als Ergebnis der europäischen Geschichtsaufarbeitung?, in: Knigge, Volkhard/ Veen, Heinz-Joachim/ Mähler, Ulrich/ Schlichting, Franz-Josef: Arbeit am europäischen Gedächtnis. Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung. Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien

Buras, Piotr (2014): Die ukrainische Krise, die polnische Außenpolitik und die deutsch-polnischen Beziehungen, in: Polen-Analysen (2014, 146), unter: <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen146.pdf> (aufgerufen am 16.03.2017).

Buras, Piotr (2015): Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union, in: Polen-Analysen (2015, 161), unter: <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen161.pdf> (aufgerufen am 16.03.2017).

Chwalba, Andrzej (2010): Kurze Geschichte der Dritten Republik Polen 1989 bis 2005. Bd. 26. Hg. Bingen, Dieter/ Loew, Peter Oliver. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden

Cichoński, Jacek/Konończuk, Wojciech (2009): Polen und seine östlichen Nachbarn, in: Bingen, Dieter/ Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Campus Verlag, Frankfurt, New York

Ćwiek-Karpowicz, Jarosław (2012): Die polnisch-russischen Beziehungen nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk, in: Polen-Analysen (2012, 114), unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen114.pdf> (aufgerufen am 17.03.2017).

Faulenbach, Bernd (2006): Erinnerungskulturen in Mittel- und Osteuropa als wissenschaftliches und geschichtspolitisches Thema. Überlegungen zu Thema und Fragestellungen, in: Faulenbach, Bernd/ Jelich, Franz-Josef: „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa seit 1989. Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 21. Klartext Verlag, Essen

François, Etienne (2009): Ist eine gesamteuropäische Erinnerungskultur vorstellbar? Eine Einleitung, in: Henningsen/Bernd, Kliemann-Geisinger/Hendriette, Troebst/Stefan (Hg.): Transnationale Erinnerungsorte: Nord- und südeuropäische Perspektiven. BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin

François, Etienne (2011): Europa als Erinnerungsgemeinschaft? Anmerkungen zur Frage nach einem europäischen Gedächtnis, in: Knigge, Volkhard/ Veen, Heinz-Joachim/ Mähler, Ulrich/ Schlichting, Franz-Josef: Arbeit am europäischen Gedächtnis. Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung. Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien

François, Etienne (2013): Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Europa heute, in: François, Etienne/ Kończal, Kornelia/ Traba, Robert/ Troebst, Stefan: Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich. Wallstein Verlag, Göttingen

Friszke, Andrzej (2009): Die kommunistischen Regierungen in Polen 1944/45 bis 1980, in: Bingen, Dieter/ Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Campus Verlag, Frankfurt, New York

Garsztecki, Stefan (2001): Polens Außenpolitik gegenüber Russland nach 1989, in: Ziemer, Klaus (Hg.): Schwierige Nachbarschaften. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989 (Tagungen zur Ostmitteleuropa Forschung). Verlag Herder-Institut, Marburg

Garsztecki, Stefan (2010): Patriotismus in Polen – polnische Identität zwischen Moderne und nationalen Traditionen, in: Polen-Analysen (2010, 74), unter: <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen74.pdf> (aufgerufen am 12.03.2017).

Gartsztecki, Stefan (2014): Polen in Europa – zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union, in: Polen-Analysen (2014, 144), unter: <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen144.pdf> (aufgerufen am 19.03.2017).

Gnauk, Gerhard (2010): Flugzeugabsturz, Präsidentenwahl – und weiter? Eine Bilanz des letzten halben Jahres in Polen, in: Polen-Analysen (2010, 75), unter: <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen75.pdf> (aufgerufen am 12.03.2017).

Grajewski, Andrzej (2007): Lustration in Polen – der Umgang mit der Volksrepublik. In: Polen-Analysen (2007, 17), unter: <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen17.pdf> (aufgerufen am 04.03.2017).

Grzeszczak, Robert (2009): Das polnische Rechtssystem, in: Bingen, Dieter/ Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Campus Verlag, Frankfurt, New York

Heyde, Jürgen (2008): Geschichte Polens. Wissen Reihe. Verlag C.H.Beck, München

Kleßmann, Christoph (2006): „Transformation“ der Erinnerungskulturen. Das Beispiel Polen – Gesichtspunkte und Fragen, in: Faulenbach, Bernd/ Jelich, Franz-Josef: „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa seit 1989. Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 21. Klartext Verlag, Essen

Knobelsdorf, Wladimir N. (1991): Politische Kultur, in: Wöhlke, Wilhelm (Hg.): Länderbericht Polen. Bundeszentrale für politische Bildung, 296, Bonn

König, Jan C. L. (2011): Über die Wirkungsmacht der Rede. Strategien politischer Eloquenz in Literatur und Alltag. V&R unipress GmbH, Göttingen

Kohlstruck, Michael (2004): Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie, in: Schwelling, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Kraft, Claudia (2004): Diktaturbewältigung und Geschichtskultur in Polen und Spanien im Vergleich, in: Ruchniewicz, Krzysztof/ Troebst, Stefan: Diktaturbewältigung und nationale

Selbstvergewisserung. Geschichtskulturen in Polen und Spanien im Vergleich. Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław

Kraft, Claudia (2006): Die Debatte über polnisches Nationalbewusstsein und polnische Erinnerungskultur heute, in: Faulenbach, Bernd/ Jelich, Franz-Josef: „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa seit 1989. Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 21. Klartext Verlag, Essen

Krzemiński, Ireneusz (2009): Gesellschaftliche Zusammenbrüche und Wendepunkte: Die Bürgergesellschaft in Polen, in: Bingen, Dieter/ Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Campus Verlag, Frankfurt, New York

Krzemiński, Ireneusz (2017): Der Kampf mit Wałęsa – der Kampf mit der Demokratie, in: Polen-Analysen (2017, 198), unter: <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen198.pdf> (aufgerufen am 20.05.2017).

Lang, Kai-Olaf (2009): Vom Störenfried zur Gestaltungsmacht – Polen in der Europäischen Union, in: Bingen, Dieter/ Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Campus Verlag, Frankfurt, New York

Lang, Kai-Olaf (2010): Klimawandel oder Zwischenhoch? Die neue Sachlichkeit in den polnisch-russischen Beziehungen, in: Polen-Analysen (2010, 73), unter: <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen73.pdf> (aufgerufen am 12.03.2017).

Loew, Peter Oliver (2008): Helden oder Opfer? Erinnerungskulturen in Polen nach 1989, in: Osteuropa. Geschichtspolitik und Gegenerinnerung. Krieg, Gewalt und Trauma im Osten Europas, 6/2008. S. 85-102

Majcherek, Janusz (2011): Die Bürgerplattform (PO) vor den Parlamentswahlen, in: Polen-Analysen (2011, 91), unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen91.pdf> (aufgerufen am 11.03.2017).

Majcherek, Janusz (2017): Die Lage der Opposition in Polen, in: Polen-Analysen (2017, 196), unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen196.pdf> (aufgerufen am 02.04.2017).

Malinowski, Krzysztof (2009): Die polnische Sicherheitspolitik, in: Bingen, Dieter/ Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Campus Verlag, Frankfurt, New York

Paczkowski, Andrzej (2009): Politischer Prolog: Die Entstehung der III. Republik, in: Bingen, Dieter/ Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Campus Verlag, Frankfurt, New York

Raabe, Stephan/ Zajackowski, Stephan (2010): Der Streit um die Änderung des Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken in Polen, in: Länderbericht, unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_19774-1522-1-30.pdf?100608122118 (aufgerufen am 11.03.2017).

Ruchniewicz, Krzysztof (2003): Die Kultur des Gedächtnisses in Polen, seine Erinnerungspolitik und die gemeinsame europäische Zukunft, in: Bingen, Dieter/Borodziej, Włodzimierz/Troebst, Stefan: Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden

Ruchniewicz, Krzysztof (2006): Die Erinnerung an die Opfer des Stalinismus als Thema öffentlicher Diskussion in Polen, in: Faulenbach, Bernd/ Jelich, Franz-Josef: „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa seit 1989. Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 21. Klartext Verlag, Essen

Ruchniewicz, Krzysztof (2007): Die polnische Geschichtspolitik nach 1989, in: Polen-Analysen (2007, 20), unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen20.pdf> (aufgerufen am 04.02.2017).

Ruchniewicz, Krzysztof (2009): Lech Wałęsa, in: Bingen, Dieter/ Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Campus Verlag, Frankfurt, New York

Scheliha, Wolfram von (2013): Die List der geschichtspolitischen Vernunft. Der polnisch-russische Geschichtsdiskurs nach 1989, in: François, Etienne/ Kończal, Kornelia/ Traba, Robert/ Troebst, Stefan: Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich. Wallstein Verlag, Göttingen

Segert, Dieter (2011): Die „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte nach 1989: Bilder und Akteure, in: Oliver, Rathkolb/ Imbi, Sooman (Hg.): Geschichtspolitik im erweiterten Ostseeraum und ihre aktuellen Symptome – Historical Memory Culture in the Enlarged Baltic Sea Region and its Symptoms Today. Vienna University Press bei V&R unipress, Göttingen

Segert, Dieter (2016): Actors, opportunities and obstacles in civic education and democratisation in the Eastern Partnership countries, in: Segert, Dieter (Ed.): Civic Education and Democratisation in the Eastern Partnership Countries. Bundeszentrale für politische Bildung, 1697, Bonn

Steier, Sonja (2009): Bildungspolitik und Bildungssystem, in: Bingen, Dieter/ Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Campus Verlag, Frankfurt, New York

Traba, Robert (2011): Zu den Leitmotiven der kollektiven Erinnerung in Polen, in: Knigge, Volkhard/ Veen, Heinz-Joachim/ Mählert, Ulrich/ Schlichting, Franz-Josef: Arbeit am europäischen Gedächtnis. Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung. Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien

Troebst, Stefan: (2004) Diktaturerinnerungsvergleich, in: Ruchniewicz, Krzysztof/ Troebst, Stefan: Diktaturbewältigung und nationale Selbstvergewisserung. Geschichtskulturen in Polen und Spanien im Vergleich. Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław

Troebst, Stefan (2006): Jalta versus Stalingrad, GULag versus Holocaust. Konfigurierende Erinnerungskulturen im größeren Europa, in: Faulenbach, Bernd/ Jelich, Franz-Josef: „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa seit 1989. Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 21. Klartext Verlag, Essen

Troebst, Stefan (2013a): Geschichtspolitik. Politikfeld, Analyserahmen, Streitobjekt, in: François, Etienne/ Kończal, Kornelia/ Traba, Robert/ Troebst, Stefan: Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich. Wallstein Verlag, Göttingen

Troebst, Stefan (2013b): Die Europäische Union als „Gedächtnis und Gewissen Europas“? Zur EU-Geschichtspolitik seit der Osterweiterung, in: François, Etienne/ Kończal, Kornelia/ Traba, Robert/ Troebst, Stefan: Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich. Wallstein Verlag, Göttingen

Vetter, Reinhold (2009): Halbzeitbilanz der Regierung Tusk, in: Polen-Analysen (2009: 62), unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen62.pdf> (aufgerufen am 11.03.2017).

Vetter, Reinhold (2010): Der Vergangenheit näher als der Zukunft. Ein nüchterner Blick auf die Präsidentschaft von Lech Kaczyński, in: Polen-Analysen (2010, 69), unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen69.pdf> (aufgerufen am 11.03.2017).

Vetter, Reinhold (2012): Das elektronische Archiv der Transformation, in: Polen-Analysen (2012, 107), unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen107.pdf> (aufgerufen am 11.03.2017).

Vetter, Reinhold (2014): Das Schlüsseljahr 1989 in der polnischen Erinnerung, in: Polen-Analysen (2014, 149), unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen149.pdf> (aufgerufen am 16.03.2017).

Vetter, Reinhold (2015a): Politisches Gedenken – Polen und der 8. Mai 1945, in: Polen-Analysen (2015, 163), unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen163.pdf> (aufgerufen am 14.03.2017).

Vetter, Reinhold (2015b): Von Kaczyńskis Gnaden. Die neue nationalkonservative Regierung, in: Polen-Analysen (2015, 173), unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen173.pdf> (aufgerufen am 20.05.2017).

Vetter, Reinhold (2017): Kaczyński's PiS und die »Dekommunisierung«. Entprofessionalisierung durch Personalwechsel in Justiz, Diplomatie und Streitkräften, in: Polen-Analysen (2017, 200), unter: <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen200.pdf> (aufgerufen am 20.05.2017).

Wolff-Powęska, Anna (2013): Strategien der Erinnerung in Polen – die zivilgesellschaftliche Alternative, in: François, Etienne/ Kończal, Kornelia/ Traba, Robert/ Troebst, Stefan: Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich. Wallstein Verlag, Göttingen

Wolfrum, Edgar (2013): Der Geschichtspolitik auf der Spur. Ein Fragenkatalog dafür, wie der Umgang mit diktatorischen Vergangenheiten erforscht werden kann, in: François, Etienne/ Kończal, Kornelia/ Traba, Robert/ Troebst, Stefan: Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich. Wallstein Verlag, Göttingen

Zagańczyk-Neufeld, Agnieszka (2014): Die geglückte Revolution. Das Politische und der Umbruch in Polen 1976-1997. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn

Ziemer, Klaus (2001): Osten ist nicht gleich Osten. Die Beziehungen Polens zur Ukraine, zu Weißrussland und Litauen, in: Ziemer, Klaus (Hg.): Schwierige Nachbarschaften. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989 (Tagungen zur Ostmitteleuropa Forschung). Verlag Herder-Institut, Marburg

Ziemer, Klaus (2009): Die politische Ordnung, in: Bingen, Dieter/ Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Campus Verlag, Frankfurt, New York

Ziółkowski, Marek (2004): Erinnern und Vergessen nach dem Kommunismus in Polen, in: Ruchniewicz, Krzysztof/ Troebst, Stefan: Diktaturbewältigung und nationale Selbstvergewisserung. Geschichtskulturen in Polen und Spanien im Vergleich. Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław

Danksagung

Meinem Masterarbeitsbetreuer Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert möchte ich hiermit meine Dankbarkeit bekunden. Ein grundlegender Dank gilt Frau Mag. Margit W. sowie meinen Eltern, mit deren Hilfe die Grundlage für diese Arbeit geschaffen wurde. Schlussendlich richte ich meine Verbundenheit an Ben, der mit seiner geduldigen Bereitschaft sich mit meinem Thema auseinanderzusetzen, mich vom ersten Konzept bis zum Verwirklichen dieser Arbeit unterstützte.

Eidesstaatliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Masterarbeit selbst verfasst habe und dass ich dazu keine anderen als die angeführten Behelfe verwendet habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken wurden als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde bisher weder in gleicher noch in ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, im Juni 2017

Blanka Heckermann

Abstract

Die Erfahrung mit dem Staatssozialismus prägt bis heute Polens Erinnerungspolitik. Verschiedene Geschichtsinterpretationen konkurrieren miteinander und dienen manchen Akteuren der politischen Instrumentalisierung sowie Legitimierung. Auch auf symbolischer Ebene lässt sich der Umgang mit der Vergangenheit erkennen. Diese Masterarbeit erläutert anhand der Gedenkrede zum Unabhängigkeitstag der Staatspräsidenten ab 1989 ob, wie und mit welchen Intentionen das Erbe des Staatssozialismus gedeutet und genutzt wird. Des Weiteren wird versucht diese Geschichtsdarstellungen in Vergleich der einzelnen Präsidenten zu stellen und Rückschlüsse daraus auf die polnische Erinnerungspolitik und ihrer Akteure zu ziehen. Ergänzend werden die innenpolitischen Debatten, vor allem nach 1989, beleuchtet. Den theoretischen Rahmen stellen Begriffe der Erinnerungs- bzw. Geschichtspolitik, der Erinnerungskultur, Polens Identität und Nationalbewusstsein sowie die Akteure der Geschichtspolitik und Gesellschaft im Bezug auf den Staatssozialismus in Polen dar.

Lebenslauf

Name	Blanka Heckermann
Geburtsdatum	09.05.1987
Staatsbürgerschaft	Österreich

Ausbildung

Seit 2011	Masterstudium der Politikwissenschaft, Universität Wien Schwerpunkte: Internationale Politik und Osteuropastudien
2011/2012	Erasmus – Auslandssemester an der Universität Warschau
2007-2011	Bachelorstudium der Politikwissenschaft, Universität Wien
2007	Matura am GRG 23

Praktika

09-10/2012	Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung
03-06/2012	Österreichisches Institut für Internationale Politik
03-04/2012	Gesellschaft für Politische Aufklärung
09/2010	Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung

Sprachen

Deutsch	Muttersprache
Polnisch	Fließend
Englisch	Fließend